



EXPAT HAFTPFLICHT



**Personen-
schäden**



**Sach-
schäden**



**Vermögens-
schäden**



**Weltweiter Versi-
cherungsschutz**



**Aus dem Ausland
abschließbar**



ab **79,73€** im Jahr



BDAE

Mit Sicherheit ins Ausland!



Wir bedanken uns für Ihr Interesse an den Versicherungsprodukten des BDAE, dem Experten für Auslandsversicherungen und Auslandsentsendungen.

In diesem Dokument erfahren Sie alles über die Leistungen und Eigenschaften dieses Produktes. Sollten dennoch Fragen offen bleiben, wenden Sie sich gerne an unsere Kundenberater:

Makler & Vertriebspartner / Privatkunden-Beratung

kundenservice@bdae.com

+49 40-30 68 74-23

+49-40-30 68 74-0

info@bdae.com

www.bdae.com

Inhaltsverzeichnis

Versicherungsbedingungen	A
→ Produktinformationsblatt gem. § 4 WVG-Info-VO	A.1
→ Leistungsbeschreibung	A.2
→ Allgemeine Versicherungsbedingungen (AHB BDAE)	A.3
→ Besondere Bedingungen und Risikobeschreibungen zur Privathaftpflichtversicherung BDAE EXKLUSIV	A.4
→ Erläuterungen zur Gruppenversicherung	A.5
Ergänzende Unterlagen	B
→ Widerrufsrecht	B.1
→ Datenschutzinformation BDAE	B.2
→ Datenschutzinformation Würzburger Versicherungs-AG	B.3

Privathaftpflichtversicherung

Informationsblatt zu Versicherungsprodukten



Versicherer: Würzburger Versicherungs-AG, Deutschland

Produkt: BDAE EXPAT HAFTPFLICHT EXKLUSIV

WÜRZBURGER DIE VERSICHERUNG

Dieses Blatt dient nur zu Ihrer Information und gibt Ihnen einen kurzen Überblick über die wesentlichen Inhalte Ihrer Versicherung. Vollständig dargestellt ist der Versicherungsschutz in Ihren Versicherungsunterlagen. Damit Sie umfassend informiert sind, lesen Sie bitte alle Unterlagen durch.

Um welche Art von Versicherung handelt es sich?

Wir bieten Ihnen die Privathaftpflichtversicherung an.



Was ist versichert?

Nachfolgend finden Sie Informationen zu den von uns zu diesem Produkt angebotenen Leistungsarten. Welche Sie mit uns vereinbart haben, entnehmen Sie bitte Ihrem Versicherungsschein.

Privathaftpflichtversicherung

- ✓ Die Privathaftpflichtversicherung versichert Sie gegen Schäden aus den Gefahren des täglichen Lebens, für die Sie verantwortlich sind und anderen daher Ersatz leisten müssen. In diesem Zusammenhang regulieren wir nicht nur den Schaden, sondern prüfen auch, ob und in welcher Höhe eine Verpflichtung zum Schadenersatz besteht. Unbegründete Schadenersatzansprüche wehren wir ab.



Was ist nicht versichert?

Nicht versichert sind zum Beispiel:

Privathaftpflichtversicherung

- ✗ Schäden, die durch den Gebrauch eines Luft-, Kraft- und Wasserfahrzeugs sowie eines Anhängers verursacht werden.
- ✗ Schäden, die durch die Ausübung eines Berufes, Dienstes oder Amtes entstehen.
- ✗ Wenn Sie oder eine versicherte Person den Versicherungsfall vorsätzlich herbeigeführt haben.



Gibt es Deckungsbeschränkungen?

Einschränkungen bestehen zum Beispiel:

- ! Krieg, kriegsähnliche Ereignisse, innere Unruhen;
- ! Bei grob fahrlässiger Herbeiführung des Versicherungsfalls können wir die Leistung kürzen.



Wo bin ich versichert?

- ✓ Der Versicherungsschutz besteht weltweit für die versicherten Personen.



Welche Verpflichtungen habe ich?

- Sie müssen alle Fragen im Antragsformular wahrheitsgemäß und vollständig beantworten, das gilt insbesondere auch für die Zugehörigkeit zum versicherten Personenkreis gemäß Ihres Alters.
- Die Versicherungsbeiträge müssen Sie rechtzeitig und vollständig bezahlen.
- Im Versicherungsfall müssen Sie uns vollständige und wahrheitsgemäße Informationen geben.
- Sie müssen die Kosten des Schadens gering halten (Schadenminderungspflicht).



Wann und wie zahle ich?

Den ersten Beitrag müssen Sie unverzüglich nach Zugang des Versicherungsscheins zahlen. Alle weiteren Beiträge sind jeweils zu dem angegebenen Termin zu zahlen. Falls Sie uns ein SEPA-Lastschriftmandat oder einen Kreditkarteneinzug erteilt haben, sorgen Sie bitte für ausreichende Deckung auf Ihrem Konto.



Wann beginnt und endet die Deckung?

Der Versicherungsschutz beginnt und endet zu dem im Versicherungsschein angegebenen Zeitpunkt.

Haben Sie einen Vertrag mit automatischer Verlängerung abgeschlossen, endet der Vertrag erst durch Ihre oder unsere Kündigung. Bei Auslandsaufenthalten außerhalb Europas endet der Vertrag spätestens nach 5 Jahren. Der Schutz kann auf Antrag mit einer Frist von 3 Monaten zum Ende des fünfjährigen außereuropäischen Aufenthaltes verlängert werden. Die Prüfung und Annahme der Verlängerung obliegt dem Versicherer.



Wie kann ich den Vertrag kündigen?

Der Versicherungsvertrag gilt für die im Versicherungsschein vereinbarte Dauer. Sofern eine jährliche Verlängerung des Versicherungsvertrages beantragt wurde, verlängert sich dieser automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, wenn Sie oder wir den Vertrag nicht spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Versicherungsjahres kündigen.

Versicherer:

Würzburger Versicherungs-AG, Bahnhofstraße 11, 97070 Würzburg, Deutschland

Versicherungsnehmer:

BDAE Expat GmbH, Kühnehöfe 3, 22761 Hamburg, Deutschland

Versicherte Person/Versicherter:

Personen die in den Gruppenversicherungsvertrag aufgenommen wurden und hierüber eine Bestätigung erhalten haben.

EXPAT HAFTPFLICHT

LEISTUNGSBESCHREIBUNG



Beitrag

	EXPAT HAFTPFLICHT SINGLE	EXPAT HAFTPFLICHT FAMILY
Jahresbeitrag (inklusive Versicherungssteuer)	79,73 Euro	109,48 Euro

Rahmenbedingungen

Leistungsumfang	Exklusiv Vario 2
Deckungssumme	10 Mio. Euro
Genereller Selbstbehalt (SB) je Schadenfall	150 Euro
Auslandsaufenthalt innerhalb Europas	zeitlich unbegrenzt
Auslandsaufenthalt außerhalb Europas	5 Jahre mit Möglichkeit der Verlängerung

Die Leistungen im Detail

Deckungssummen

Personenschäden	10 Mio. Euro
Sachschäden	10 Mio. Euro
Vermögensschäden	5 Mio. Euro
Deckungssummenmaximierung (pro Jahr)	3-fach
Mietsachschäden	10 Mio. Euro
Vorsorgeversicherung	10 Mio. Euro
Gewässerschäden - Anlagenrisiko	3 Mio. Euro
Gewässerschäden - Restrisiko	3 Mio. Euro

Kraftfahrzeuge Versicherungsschutz bei dem/der

Nutzung von Kraftfahrzeugen (Kfz) auf nicht öffentlichen Wegen	<input checked="" type="checkbox"/>
Nutzung von Kfz bis 6 km/h	<input checked="" type="checkbox"/>
Nutzung von Krankenfahrstühlen, Arbeitsmaschinen etc. bis 20 km/h	<input checked="" type="checkbox"/>
Gebrauch von ferngelenkten Modellflugzeugen bis 15 km/h	<input checked="" type="checkbox"/>
Benutzung von Flugmodellen bis 5 kg	<input checked="" type="checkbox"/>
Benutzung von Surfbrettern	<input checked="" type="checkbox"/>
Vorübergehenden Gebrauch von fremden Segelbooten (bis 10m ² Segelfläche)	<input checked="" type="checkbox"/>

Fortsetzung auf nächster Seite ▶

Tiere

Reiter fremder Pferde, Fahrer fremder Fuhrwerke (private Nutzung)

Hüter fremder Hunde (nicht gewerbl., ohne Kampfhunde)

Sonstiges

Erlaubter Waffenbesitz

Tätigkeit als Tagesmutter, bis zu 6 betreute Kinder

Kautionsstellung innerhalb Europas

Verlust privater Wohnungsschlüssel/beruflicher Schlüssel 30.000 Euro / SB 500 Euro*

Teilnahme an fachpraktischem Unterricht 6.000 Euro / SB 125 Euro*

Schäden an fremden geliehenen, gemieteten etc. Sachen 3.000 Euro / SB 500 Euro*

Schäden aus dem Gefälligkeitsverhältnis 30.000 Euro

Forderungs-Ausfalldeckung (ab 2.500 Euro Schadenhöhe)

Leistungsgarantie ggü. GDV-Standard (AHB)

künftige Bedingungsverbesserungen (AHB)

Ergänzende Leistungen/mitversicherte Personen in **Family**-Variante

Partner in eheähnlicher Gemeinschaft (und Kinder)

in häuslicher Gemeinschaft lebende (Groß-)Eltern

Kinder während der Berufsausbildung, Studium

Kinder während freiwilligem Wehrdienst, Wartezeiten usw. max. 12 Monate

Kinder, deren Betreuung gerichtlich angeordnet ist

Regressansprüche der Sozialversicherungsträger

Alleinstehende Personen in häuslicher Gemeinschaft

Vorsorgeversicherung, z.B. nach der Scheidung max. 3 Monate

Schäden durch deliktunfähige Kinder 30.000 Euro / SB 150 Euro*

*Sofern für mitversicherte Risiken ein separater Selbstbehalt vereinbart ist, so gilt dieser zusätzlich zum generellen Selbstbehalt.

Diese Tabelle stellt die wichtigsten Leistungen und Ausschlüsse der Privathaftpflichtversicherung EXPAT HAFTPFLICHT vor. Die vollständigen Informationen entnehmen Sie bitte den Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen (BBR BDAE EXKLUSIV) zur Privathaftpflichtversicherung und den Allgemeinen Bedingungen für die Haftpflichtversicherung (AHB BDAE).

Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung (AHB BDAE)

Umfang des Versicherungsschutzes

1. Gegenstand der Versicherung, Versicherungsfall
2. Vermögensschäden, Abhandenkommen von Sachen
3. Versichertes Risiko
4. Vorsorgeversicherung
5. Leistungen der Versicherung
6. Begrenzung der Leistungen
7. Ausschlüsse

Beginn des Versicherungsschutzes / Beitragszahlung

8. Beginn des Versicherungsschutzes
9. Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung / erster oder einmaliger Beitrag
10. Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung / Folgebeitrag
11. Rechtzeitigkeit der Zahlung bei SEPA-Lastschriftmandat
12. Teilzahlung und Folgen bei verspäteter Zahlung
13. Beitragsregulierung
14. Beitrag bei vorzeitiger Vertragsbeendigung
15. Beitragsangleichung

Dauer und Ende des Vertrages / Kündigung

16. Dauer und Ende des Vertrages
17. Wegfall des versicherten Risikos
18. Kündigung nach Beitragsangleichung
19. Kündigung nach Versicherungsfall
20. Kündigung nach Veräußerung versicherter Unternehmen
21. Kündigung nach Risikoerhöhung aufgrund Änderung oder Erlass von Rechtsvorschriften
22. Mehrfachversicherung

Ihre Obliegenheiten

23. Ihre vorvertraglichen Anzeigepflichten
24. Obliegenheiten vor Eintritt des Versicherungsfalles
25. Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles
26. Rechtsfolgen bei Verletzung von Obliegenheiten

Weitere Bestimmungen

27. Mitversicherte Personen
28. Abtretungsverbot
29. Anzeigen, Willenserklärungen, Anschriftenänderung
30. Verjährung
31. Zuständiges Gericht
32. Anzuwendendes Recht

Umfang des Versicherungsschutzes

1. Gegenstand der Versicherung, Versicherungsfall

- 1.1 Versicherungsschutz besteht im Rahmen des versicherten Risikos für den Fall, dass Sie wegen eines während der Wirksamkeit der Versicherung eingetretenen Schadenereignisses (Versicherungsfalles), das einen Personen-, Sach- oder sich daraus ergebenden Vermögensschaden zur Folge hatte, aufgrund

gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts

von einem Dritten auf Schadensersatz in Anspruch genommen werden.

Schadenereignis ist das Ereignis, als dessen Folge die Schädigung des Dritten unmittelbar entstanden ist. Auf den Zeitpunkt der Schadenverursachung, die zum Schadenereignis geführt hat, kommt es nicht an.

- 1.2 Kein Versicherungsschutz besteht für Ansprüche, auch wenn es sich um gesetzliche Ansprüche handelt,

- 1) auf Erfüllung von Verträgen, Nacherfüllung, aus Selbstvornahme, Rücktritt, Minderung, auf Schadensersatz statt der Leistung;
- 2) wegen Schäden, die verursacht werden, um die Nacherfüllung durchführen zu können;
- 3) wegen des Ausfalls der Nutzung des Vertragsgegenstandes oder wegen des Ausbleibens des mit der Vertragsleistung geschuldeten Erfolges;
- 4) auf Ersatz vergeblicher Aufwendungen im Vertrauen auf ordnungsgemäße Vertragserfüllung;
- 5) auf Ersatz von Vermögensschäden wegen Verzögerung der Leistung;
- 6) wegen anderer an die Stelle der Erfüllung tretender Ersatzleistungen.

2. Vermögensschäden, Abhandenkommen von Sachen

Dieser Versicherungsschutz kann durch besondere Vereinbarung erweitert werden auf Ihre gesetzliche Haftpflicht privatrechtlichen Inhalts wegen

- 2.1 Vermögensschäden, die weder durch Personen- noch durch Sachschäden entstanden sind;
- 2.2 Schäden durch Abhandenkommen von Sachen; hierauf finden dann die Bestimmungen über Sachschäden Anwendung.

3. Versichertes Risiko

- 3.1 Der Versicherungsschutz umfasst die gesetzliche Haftpflicht
 - 1) aus den im Versicherungsschein und seinen Nachträgen angegebenen Risiken,
 - 2) aus Erhöhungen oder Erweiterungen der im Versicherungsschein und seinen Nachträgen angegebenen Risiken. Dies gilt nicht für Risiken aus dem Halten oder Gebrauch von versicherungspflichtigen Kraft-, Luft- oder Wasserfahrzeugen sowie für sonstige Risiken, die der Versicherungs- oder Deckungsvorsorgepflicht unterliegen,
 - 3) aus Risiken, die für Sie nach Abschluss der Versicherung neu entstehen (Vorsorgeversicherung) und die in Ziffer 4 näher geregelt sind.

- 3.2 Der Versicherungsschutz erstreckt sich auch auf Erhöhungen des versicherten Risikos durch Änderung bestehender oder Erlass neuer Rechtsvorschriften. Wir können den Vertrag jedoch unter den Voraussetzungen von Ziffer 21 kündigen.

4. Vorsorgeversicherung

- 4.1 Risiken, die nach Abschluss des Versicherungsvertrages neu entstehen, sind im Rahmen des bestehenden Vertrages sofort bis längstens zur nächsten Hauptfälligkeit Ihres Vertrages versichert.

- 1) Sie sind verpflichtet, nach Aufforderung durch uns jedes neue Risiko innerhalb eines Monats anzuzeigen. Die Aufforderung kann auch mit der Beitragsrechnung erfolgen. Unterlassen Sie die rechtzeitige Anzeige, entfällt der Versicherungsschutz für das neue Risiko rückwirkend ab dessen Entstehung.

Tritt der Versicherungsfall ein, bevor das neue Risiko angezeigt wurde, so haben Sie zu beweisen, dass das neue Risiko erst nach Abschluss der Versicherung und zu einem Zeitpunkt hinzugekommen ist, zu dem die Anzeigefrist noch nicht verstrichen war.

- 2) Wir sind berechtigt, für das neue Risiko einen angemessenen Beitrag zu verlangen. Kommt eine Einigung über die Höhe dieses Beitrages innerhalb einer Frist von einem Monat nach Eingang der Anzeige nicht zustande, entfällt der Versicherungsschutz für das neue Risiko rückwirkend ab dessen Entstehung.

- 4.2 Der Versicherungsschutz für neue Risiken ist von ihrer Entstehung bis zur Einigung im Sinne von Ziffer 4.1 (2) auf den Betrag von 300.000,- EUR für Personenschäden und 300.000,- EUR für Sachschäden und – soweit vereinbart – 50.000,- EUR für Vermögensschäden begrenzt, sofern nicht im Versicherungsschein und seinen Nachträgen geringere Versicherungssummen festgesetzt sind. Die angegebenen Deckungssummen stehen je Versicherungsjahr nur einmal zur Verfügung.

- 4.3 Die Vorsorgeversicherung gilt nicht für Risiken

- 1) aus dem Eigentum, Besitz, Halten oder Führen eines Kraft-, Luft- oder Wasserfahrzeugs, soweit diese Fahrzeuge der Zulassungs-, Führerschein- oder Versicherungspflicht unterliegen;
- 2) aus dem Eigentum, Besitz, Betrieb oder Führen von Bahnen;
- 3) die der Versicherungspflicht oder Deckungsvorsorgepflicht unterliegen;
- 4) die kürzer als ein Jahr bestehen werden und deshalb im Rahmen von kurzfristigen Versicherungsverträgen zu versichern sind.

5. Leistungen der Versicherung

- 5.1 Der Versicherungsschutz umfasst die Prüfung der Haftpflichtfrage, die Abwehr unberechtigter Schadenersatzansprüche und Ihre Freistellung von berechtigten Schadenersatzverpflichtungen.

Berechtigt sind Schadenersatzverpflichtungen dann, wenn Sie aufgrund Gesetzes, rechtskräftigen Urteils, Anerkenntnisses oder Vergleichs zur Entschädigung verpflichtet sind und wir hierdurch gebunden sind. Anerkenntnisse und Vergleiche, die von Ihnen ohne unsere Zustimmung abgegeben oder geschlossen worden sind, binden uns nur, soweit der Anspruch auch ohne Ihr Anerkenntnis oder Vergleich bestanden hätte.

Ist Ihre Schadenersatzverpflichtung mit bindender Wirkung für uns festgestellt, haben wir Sie binnen zwei Wochen vom Anspruch des Dritten freizustellen.

- 5.2 Wir sind bevollmächtigt, alle uns zur Abwicklung des Schadens oder Abwehr der Schadenersatzansprüche zweckmäßig erscheinenden Erklärungen in Ihrem Namen abzugeben.

Kommt es in einem Versicherungsfall zu einem Rechtsstreit über Schadenersatzansprüche gegen Sie, sind wir zur Prozessführung bevollmächtigt. Wir führen den Rechtsstreit in Ihrem Namen auf unsere Kosten.

- 5.3 Wird in einem Strafverfahren wegen eines Schadenereignisses, das einen unter den Versicherungsschutz fallenden Haftpflichtanspruch zur Folge haben kann, die Bestellung eines Verteidigers für Sie von uns gewünscht oder genehmigt, so tragen wir die gebührenordnungsmäßigen oder die mit ihm besonders vereinbarten höheren Kosten des Verteidigers.

5.4 Erlangen Sie oder ein Mitversicherter das Recht, die Aufhebung oder Minderung einer zu zahlenden Rente zu fordern, so sind wir zur Ausübung dieses Rechts bevollmächtigt.

6. Begrenzung der Leistungen

6.1 Unsere Entschädigungsleistung ist bei jedem Versicherungsfall auf die vereinbarten Versicherungssummen begrenzt. Dies gilt auch dann, wenn sich der Versicherungsschutz auf mehrere entschädigungspflichtige Personen erstreckt.

6.2 Sofern nicht etwas anderes vereinbart wurde, sind unsere Entschädigungsleistungen für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres auf das Doppelte der vereinbarten Versicherungssummen begrenzt.

6.3 Mehrere während der Wirksamkeit der Versicherung eintretende Versicherungsfälle gelten als ein Versicherungsfall, der im Zeitpunkt des ersten dieser Versicherungsfälle eingetreten ist, wenn diese

- auf derselben Ursache,
- auf gleichen Ursachen mit innerem, insbesondere sachlichem und zeitlichem, Zusammenhang oder
- auf der Lieferung von Waren mit gleichen Mängeln beruhen.

6.4 Falls besonders vereinbart, beteiligen Sie sich bei jedem Versicherungsfall mit einem im Versicherungsschein und seinen Nachträgen festgelegten Betrag an der Schadensersatzleistung (Selbstbeteiligung). Soweit nicht etwas anderes vereinbart wurde, sind wir auch in diesen Fällen zur Abwehr unberechtigter Schadensersatzansprüche verpflichtet.

6.5 Unsere Aufwendungen für Kosten werden nicht auf die Versicherungssummen angerechnet.

6.6 Übersteigen die begründeten Haftpflichtansprüche aus einem Versicherungsfall die Versicherungssumme, tragen wir die Prozesskosten im Verhältnis der Versicherungssumme zur Gesamthöhe dieser Ansprüche.

6.7 Haben Sie an den Geschädigten Rentenzahlungen zu leisten und übersteigt der Kapitalwert der Rente die Versicherungssumme oder den nach Abzug etwaiger sonstiger Leistungen aus dem Versicherungsfall noch verbleibenden Restbetrag der Versicherungssumme, so wird die zu leistende Rente nur im Verhältnis der Versicherungssumme bzw. ihres Restbetrages zum Kapitalwert der Rente von uns erstattet.

Für die Berechnung des Rentenwertes gilt die entsprechende Vorschrift der Verordnung über den Versicherungsschutz in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung in der jeweils gültigen Fassung zum Zeitpunkt des Versicherungsfalles.

Bei der Berechnung des Betrages, mit dem Sie sich an laufenden Rentenzahlungen beteiligen müssen, wenn der Kapitalwert der Rente die Versicherungssumme oder die nach Abzug sonstiger Leistungen verbleibende Restversicherungssumme übersteigt, werden die sonstigen Leistungen mit ihrem vollen Betrag von der Versicherungssumme abgesetzt.

6.8 Falls die von uns verlangte Erledigung eines Haftpflichtanspruchs durch Anerkenntnis, Befriedigung oder Vergleich am Verhalten des Versicherten scheitert, haben wir für den von der Weigerung an entstehenden Mehraufwand an Entschädigungsleistung, Zinsen und Kosten nicht aufzukommen.

7. Ausschlüsse

Falls im Versicherungsschein und seinen Nachträgen nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, sind von der Versicherung ausgeschlossen:

7.1 Versicherungsansprüche aller Personen, die den Schaden vorsätzlich herbeigeführt haben.

7.2 Versicherungsansprüche aller Personen, die den Schaden dadurch verursacht haben, dass sie in Kenntnis von deren Mangelhaftigkeit oder Schädlichkeit

- Erzeugnisse in den Verkehr gebracht oder
- Arbeiten oder sonstige Leistungen erbracht haben.

7.3 Haftpflichtansprüche, soweit sie aufgrund Vertrag oder Zusagen über den Umfang Ihrer gesetzlichen Haftpflicht hinausgehen.

7.4 Haftpflichtansprüche

- 1) Ihrer selbst oder der in Ziffer 7.5 benannten Personen gegen die Mitversicherten,
- 2) zwischen mehreren Versicherungsnehmern desselben Versicherungsvertrages,
- 3) zwischen mehreren Mitversicherten desselben Versicherungsvertrages.

7.5 Haftpflichtansprüche gegen Sie

- 1) aus Schadenfällen Ihrer Angehörigen, die mit Ihnen in häuslicher Gemeinschaft leben oder die zu den im Versicherungsvertrag mitversicherten Personen gehören;

Als Angehörige gelten Ehegatten, Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes oder vergleichbarer Partnerschaften nach dem Recht anderer Staaten, Eltern und Kinder, Adoptiveltern und -kinder, Schwiegereltern und -kinder, Stiefeltern und -kinder, Großeltern und Enkel, Geschwister sowie Pflegeeltern und -kinder (Personen, die durch ein familienähnliches, auf längere Dauer angelegtes Verhältnis wie Eltern und Kinder miteinander verbunden sind).

- 2) von Ihren gesetzlichen Vertretern oder Betreuern, wenn Sie eine geschäftsunfähige, beschränkt geschäftsfähige oder betreute Person sind;

- 3) von Ihren gesetzlichen Vertretern, wenn der Versicherungsnehmer eine juristische Person des privaten oder öffentlichen Rechts oder ein nicht rechtsfähiger Verein ist;

4) von Ihren unbeschränkt persönlich haftenden Gesellschaftern, wenn der Versicherungsnehmer eine Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft oder Gesellschaft bürgerlichen Rechts ist;

5) von Ihren Partnern, wenn der Versicherungsnehmer eine eingetragene Partnerschaftsgesellschaft ist;

6) von Ihren Liquidatoren, Zwangs- und Insolvenzverwaltern;

zu Ziffer 7.4 und Ziffer 7.5:

Die Ausschlüsse unter Ziffer 7.4 und Ziffer 7.5 (2) bis (6) erstrecken sich auch auf Haftpflichtansprüche von Angehörigen der dort genannten Personen, die mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben.

7.6 Haftpflichtansprüche wegen Schäden an fremden Sachen und allen sich daraus ergebenden Vermögensschäden, wenn Sie diese Sachen gemietet, geleast, gepachtet, geliehen, durch verbotene Eigenmacht erlangt haben oder sie Gegenstand eines besonderen Verwahrungsvertrages sind.

7.7 Haftpflichtansprüche wegen Schäden an fremden Sachen und allen sich daraus ergebenden Vermögensschäden, wenn

1) die Schäden durch Ihre gewerbliche oder berufliche Tätigkeit an diesen Sachen (Bearbeitung, Reparatur, Beförderung, Prüfung und dgl.) entstanden sind; bei unbeweglichen Sachen gilt dieser Ausschluss nur insoweit, als diese Sachen oder Teile von ihnen unmittelbar von der Tätigkeit betroffen waren;

2) die Schäden dadurch entstanden sind, dass Sie diese Sachen zur Durchführung Ihrer gewerblichen oder beruflichen Tätigkeiten (als Werkzeug, Hilfsmittel, Materialablagefläche und dgl.) benutzt haben; bei unbeweglichen Sachen gilt dieser Ausschluss nur insoweit, als diese Sachen oder Teile von ihnen unmittelbar von der Benutzung betroffen waren;

3) die Schäden durch Ihre gewerbliche oder berufliche Tätigkeit entstanden sind und sich diese Sachen oder – sofern es sich um unbewegliche Sachen handelt – deren Teile im unmittelbaren Einwirkungsbereich der Tätigkeit befunden haben; dieser Ausschluss gilt nicht, wenn Sie beweisen, dass Sie zum Zeitpunkt der Tätigkeit offensichtlich notwendige Schutzvorkehrungen zur Vermeidung von Schäden getroffen hatten.

zu Ziffer 7.6 und Ziffer 7.7:

Sind die Voraussetzungen der Ausschlüsse in Ziffer 7.6 und Ziffer 7.7 in der Person Ihrer Angestellten, Ihrer Arbeiter, Ihrer Bediensteten, Ihrer Bevollmächtigten oder Ihrer Beauftragten gegeben, so entfällt gleichfalls der Versicherungsschutz, und zwar sowohl für Sie als auch für die durch den Versicherungsvertrag mitversicherten Personen.

7.8 Haftpflichtansprüche wegen Schäden an von Ihnen hergestellten oder gelieferten Sachen, Arbeiten oder sonstigen Leistungen infolge einer in der Herstellung, Lieferung oder Leistung liegenden Ursache und alle sich daraus ergebenden Vermögensschäden.

Dies gilt auch dann, wenn die Schadenursache in einem mangelhaften Einzelteil der Sache oder in einer mangelhaften Teilleistung liegt und zur Beschädigung oder Vernichtung der Sache oder Leistung führt.

Dieser Ausschluss findet auch dann Anwendung, wenn Dritte in Ihrem Auftrag oder für Ihre Rechnung die Herstellung oder Lieferung der Sachen oder die Arbeiten oder sonstigen Leistungen übernommen haben.

7.9 Haftpflichtansprüche aus im Ausland vorkommenden Schadenergebnissen; Ansprüche aus § 110 Sozialgesetzbuch VII sind jedoch mitversichert.

7.10

a) Ansprüche, die gegen Sie wegen Umweltschäden gemäß Umweltschadensgesetz oder anderer auf der EU-Umwelthaftungsrichtlinie (2004/35/EG) basierenden nationalen Umsetzungsgesetzen geltend gemacht werden. Dies gilt auch dann, wenn Sie von einem Dritten aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts auf Erstattung der durch solche Umweltschäden entstandenen Kosten in Anspruch genommen werden.

Der Versicherungsschutz bleibt aber für solche Ansprüche erhalten, die auch ohne Bestehen des Umweltschadensgesetzes oder anderer auf der EU-Umwelthaftungsrichtlinie (2004/35/EG) basierender nationaler Umsetzungsgesetze bereits aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts gegen Sie geltend gemacht werden können.

Dieser Ausschluss gilt nicht im Rahmen der Versicherung privater Haftpflichtrisiken.

b) Haftpflichtansprüche wegen Schäden durch Umwelteinwirkung.

Dieser Ausschluss gilt nicht

1) im Rahmen der Versicherung privater Haftpflichtrisiken oder

2) für Schäden, die durch von Ihnen hergestellte oder gelieferte Erzeugnisse (auch Abfälle), durch Arbeiten oder sonstige Leistungen nach Ausführung der Leistung oder nach Abschluss der Arbeiten entstehen (Produkthaftpflicht).

Kein Versicherungsschutz besteht jedoch für Schäden durch Umwelteinwirkung, die aus der Planung, Herstellung, Lieferung, Montage, Demontage, Instandhaltung oder Wartung von

	<ul style="list-style-type: none"> - Anlagen, die bestimmt sind, gewässerschädliche Stoffe herzustellen, zu verarbeiten, zu lagern, abzulagern, zu befördern oder wegzuleiten (WHG-Anlagen); - Anlagen gem. Anhang 1 oder 2 zum Umwelthaftungsgesetz (UmweltHG-Anlagen); - Anlagen, die nach dem Umweltschutz dienenden Bestimmungen einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht unterliegen; - Abwasseranlagen <p>oder Teilen resultieren, die ersichtlich für solche Anlagen bestimmt sind.</p>		
7.11	Haftpflichtansprüche wegen Schäden, die auf Asbest, asbesthaltige Substanzen oder Erzeugnisse zurückzuführen sind.		
7.12	Haftpflichtansprüche wegen Schäden, die in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang stehen mit energiereichen ionisierenden Strahlen (z. B. Strahlen von radioaktiven Stoffen oder Röntgenstrahlen).		
7.13	Haftpflichtansprüche wegen Schäden, die zurückzuführen sind auf <ul style="list-style-type: none"> 1) gentechnische Arbeiten, 2) gentechnisch veränderte Organismen (GVO), 3) Erzeugnisse, die <ul style="list-style-type: none"> - Bestandteile aus GMO enthalten, - aus oder mit Hilfe von GMO hergestellt wurden. 		
7.14	Haftpflichtansprüche aus Sachschäden, welche entstehen durch <ul style="list-style-type: none"> 1) Abwässer, soweit es sich nicht um häusliche Abwässer handelt, 2) Senkungen von Grundstücken oder Erdbeben, Senkungen, 3) Überschwemmungen stehender oder fließender Gewässer. 		
7.15	Haftpflichtansprüche wegen Schäden aus dem Austausch, der Übermittlung oder der Bereitstellung elektronischer Daten, soweit es sich handelt um Schäden aus <ul style="list-style-type: none"> 1) Löschung, Unterdrückung, Unbrauchbarmachung oder Veränderung von Daten, 2) Nichterfassen oder fehlerhaftem Speichern von Daten, 3) Störung des Zugangs zum elektronischen Datenaustausch, 4) Übermittlung vertraulicher Daten oder Informationen. 		
7.16	Haftpflichtansprüche wegen Schäden aus Persönlichkeits- oder Namensrechtsverletzungen.		
7.17	Haftpflichtansprüche wegen Schäden aus Anfeindung, Schikane, Belästigung, Ungleichbehandlung oder sonstigen Diskriminierungen.		
7.18	Haftpflichtansprüche wegen Personenschäden, die aus der Übertragung einer Krankheit von Ihnen entstehen. Das Gleiche gilt für Sachschäden, die durch Krankheit der Ihnen gehörenden, von Ihnen gehaltenen oder veräußerten Tiere entstanden sind. In beiden Fällen besteht Versicherungsschutz, wenn Sie beweisen, dass Sie weder vorsätzlich noch grob fahrlässig gehandelt haben.		
	Beginn des Versicherungsschutzes / Beitragszahlung		
8.	Beginn des Versicherungsschutzes Der Versicherungsschutz beginnt zu dem im Versicherungsschein angegebenen Zeitpunkt, wenn Sie den ersten oder einmaligen Beitrag rechtzeitig im Sinne von Ziffer 9.1 zahlen. Der in Rechnung gestellte Beitrag enthält die Versicherungsteuer, die Sie in der jeweils vom Gesetz bestimmten Höhe zu entrichten haben.		
	9. Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung / erster oder einmaliger Beitrag		
9.1	Der erste oder einmalige Beitrag wird unverzüglich nach Zugang des Versicherungsscheins fällig. Ist die Zahlung des Jahresbeitrags in Raten vereinbart, gilt als erster Beitrag nur die erste Rate des ersten Jahresbeitrags.		
9.2	Zahlen Sie den ersten oder einmaligen Beitrag nicht rechtzeitig, sondern zu einem späteren Zeitpunkt, beginnt der Versicherungsschutz erst ab diesem Zeitpunkt. Dies gilt nicht, wenn Sie nachweisen, dass Sie die Nichtzahlung nicht zu vertreten haben. Für Versicherungsfälle, die bis zur Zahlung des Beitrages eintreten, sind wir nur dann nicht zur Leistung verpflichtet, wenn wir Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform oder durch einen auffälligen Hinweis im Versicherungsschein auf diese Rechtsfolge der Nichtzahlung des Beitrages aufmerksam gemacht haben.		
9.3	Zahlen Sie den ersten oder einmaligen Beitrag nicht rechtzeitig, können wir vom Vertrag zurücktreten, solange der Beitrag nicht gezahlt ist. Wir können nicht zurücktreten, wenn Sie nachweisen, dass Sie die Nichtzahlung nicht zu vertreten haben.		
	10. Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung / Folgebeitrag		
10.1	Die Folgebeiträge sind, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, am Monatsersten des vereinbarten Beitragszeitraums fällig. Die Zahlung gilt als rechtzeitig, wenn sie zu dem im Versicherungsschein oder in der Beitragsrechnung angegebenen Zeitpunkt erfolgt.		
10.2	Wird ein Folgebeitrag nicht rechtzeitig gezahlt, geraten Sie ohne Mahnung in Verzug, es sei denn, dass Sie die verspätete Zahlung nicht zu vertreten haben. Wir werden Sie schriftlich zur Zahlung auffordern und eine Zahlungsfrist von mindestens zwei Wochen setzen. Wir sind berechtigt, Ersatz für den uns durch den Verzug entstandenen Schaden zu verlangen. Wird ein Folgebeitrag nicht rechtzeitig bezahlt, können wir Ihnen auf Ihre Kosten in Textform eine Zahlungsfrist bestimmen, die mindestens		
			zwei Wochen betragen muss. Die Bestimmung ist nur wirksam, wenn sie die rückständigen Beträge des Beitrags, Zinsen und Kosten im Einzelnen beziffert und die Rechtsfolgen angibt, die nach Ziff. 10.3 und 10.4 mit dem Fristablauf verbunden sind.
10.3	Sind Sie nach Ablauf dieser Zahlungsfrist noch mit der Zahlung in Verzug, besteht ab diesem Zeitpunkt bis zur Zahlung kein Versicherungsschutz, wenn Sie mit der Zahlungsaufforderung nach Ziffer 10.2 Abs. 2 darauf hingewiesen wurden.		
10.4	Sind Sie nach Ablauf dieser Zahlungsfrist noch mit der Zahlung in Verzug, können wir den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist kündigen, wenn wir Sie mit der Zahlungsaufforderung nach Ziffer 10.2 Abs. 3 darauf hingewiesen haben. Haben wir gekündigt, und zahlen Sie danach innerhalb eines Monats den angemahnten Betrag, besteht der Vertrag fort. Für Versicherungsfälle, die zwischen dem Zugang der Kündigung und der Zahlung eingetreten sind, besteht jedoch kein Versicherungsschutz.		
	11. Rechtzeitigkeit der Zahlung bei SEPA-Lastschriftmandat		
	Ist die Einziehung des Beitrags von einem Konto vereinbart, gilt die Zahlung als rechtzeitig, wenn der Beitrag zum Fälligkeitstag eingezogen werden kann und Sie einer berechtigten Einziehung nicht widersprechen.		
	Könnte der fällige Beitrag ohne Ihr Verschulden von uns nicht eingezogen werden, ist die Zahlung auch dann noch rechtzeitig, wenn sie unverzüglich nach unserer in Textform abgegebenen Zahlungsaufforderung erfolgt.		
	Kann der fällige Beitrag nicht eingezogen werden, weil Sie das SEPA-Lastschriftmandat widerrufen haben, oder haben Sie aus anderen Gründen zu vertreten, dass der Beitrag nicht eingezogen werden kann, sind wir berechtigt, künftig Zahlung außerhalb des SEPA-Lastschriftverfahrens zu verlangen. Sie sind zur Übermittlung des Beitrages erst verpflichtet, wenn Sie von uns hierzu in Textform aufgefordert worden sind.		
	12. Teilzahlung und Folgen bei verspäteter Zahlung		
	Ist die Zahlung des Jahresbeitrags in Raten vereinbart, sind die noch ausstehenden Raten sofort fällig, wenn Sie mit der Zahlung einer Rate im Verzug sind. Ferner können wir für die Zukunft jährliche Beitragszahlung verlangen.		
	13. Beitragsregulierung		
13.1	Sie haben nach Aufforderung mitzuteilen, ob und welche Änderungen des versicherten Risikos gegenüber den früheren Angaben eingetreten sind. Diese Aufforderung kann auch durch einen Hinweis auf der Beitragsrechnung erfolgen. Die Angaben sind innerhalb eines Monats nach Zugang der Aufforderung zu machen und auf unseren Wunsch nachzuweisen. Bei unrichtigen Angaben zu unserem Nachteil können wir von Ihnen eine Vertragsstrafe in dreifacher Höhe des festgestellten Beitragsunterschieds verlangen. Dies gilt nicht, wenn Sie beweisen, dass Sie an der Unrichtigkeit der Angaben kein Verschulden trifft.		
13.2	Aufgrund Ihrer Änderungsmitteilung oder sonstiger Feststellungen wird der Beitrag ab dem Zeitpunkt der Veränderung berichtigt (Beitragsregulierung), beim Wegfall versicherter Risiken jedoch erst ab dem Zeitpunkt des Eingangs der Mitteilung bei uns. Der vertraglich vereinbarte Mindestbeitrag darf dadurch nicht unterschritten werden. Alle entsprechend Ziffer 15.1 nach dem Versicherungsabschluss eingetretenen Erhöhungen oder Ermäßigungen des Mindestbeitrags werden berücksichtigt.		
13.3	Unterlassen Sie die rechtzeitige Mitteilung, können wir für den Zeitraum, für den die Angaben zu machen waren, eine Nachzahlung in Höhe des für diesen Zeitraum bereits in Rechnung gestellten Beitrags verlangen. Werden die Angaben nachträglich gemacht, findet eine Beitragsregulierung statt. Ein von Ihnen zuviel gezahlter Beitrag wird nur zurückerstattet, wenn die Angaben innerhalb von zwei Monaten nach Zugang der Mitteilung des erhöhten Beitrags erfolgten.		
13.4	Die vorstehenden Bestimmungen finden auch Anwendung auf Versicherungen mit Beitragsvorauszahlung für mehrere Jahre.		
	14. Beitrag bei vorzeitiger Vertragsbeendigung		
	Bei vorzeitiger Beendigung des Vertrages haben wir, soweit durch Gesetz nicht etwas anders bestimmt ist, nur Anspruch auf den Teil des Beitrags, der dem Zeitraum entspricht, in dem Versicherungsschutz bestanden hat.		
	15. Beitragsangleichung		
15.1	Die Versicherungsbeiträge unterliegen der Beitragsangleichung. Soweit die Beiträge nach Lohn-, Bau- oder Umsatzsumme berechnet werden, findet keine Beitragsangleichung statt. Mindestbeiträge unterliegen unabhängig von der Art der Beitragsberechnung der Beitragsangleichung.		
15.2	Ein unabhängiger Treuhänder ermittelt jährlich mit Wirkung für die ab dem 1. Juli fälligen Beiträge, um welchen Prozentsatz sich im vergangenen Kalenderjahr der Durchschnitt der Schadenzahlungen aller zum Betrieb der Allgemeinen Haftpflichtversicherung zugelassenen Versicherter gegenüber dem vorvergangenen Jahr erhöht oder vermindert hat. Den ermittelten Prozentsatz rundet er auf die nächst niedrigere, durch fünf teilbare ganze Zahl ab. Als Schadenzahlungen gelten dabei auch die speziell durch den einzelnen Schadenfall veranlassten Ausgaben für die Ermittlung von Grund und Höhe der Versicherungsleistungen. Durchschnitt der Schadenzahlungen eines Kalenderjahres ist die Summe der in diesem Jahr geleisteten Schadenzahlungen geteilt durch die Anzahl der im gleichen Zeitraum neu gemeldeten Schadenfälle.		

- 15.3 Im Falle einer Erhöhung sind wir berechtigt, im Falle einer Verminderung verpflichtet, den Folgejahresbeitrag um den sich aus Ziffer 15.2 ergebenden Prozentsatz zu verändern (Beitragsangleichung). Der veränderte Folgejahresbeitrag wird Ihnen mit der nächsten Beitragsrechnung bekannt gegeben.
- Hat sich der Durchschnitt unserer Schadenzahlungen in jedem der letzten fünf Kalenderjahre um einen geringeren Prozentsatz als denjenigen erhöht, den der Treuhänder jeweils für diese Jahre nach Ziffer 15.2 ermittelt hat, so dürfen wir den Folgejahresbeitrag nur um den Prozentsatz erhöhen, um den sich der Durchschnitt unserer Schadenzahlungen nach unseren unternehmenseigenen Zahlen im letzten Kalenderjahr erhöht hat; diese Erhöhung darf diejenige nicht überschreiten, die sich nach dem vorstehenden Absatz ergeben würde.
- 15.4 Liegt die Veränderung nach Ziffer 15.2 oder 15.3 unter fünf Prozent, entfällt eine Beitragsangleichung. Diese Veränderung ist jedoch in den folgenden Jahren zu berücksichtigen.
- Dauer und Ende des Vertrages / Kündigung**
- 16. Dauer und Ende des Vertrages**
- 16.1 Der Vertrag ist für die im Versicherungsschein angegebene Zeit abgeschlossen.
- 16.2 Bei einer Vertragsdauer von mindestens einem Jahr verlängert sich der Vertrag um jeweils ein Jahr, wenn nicht dem Vertragspartner spätestens drei Monate vor dem Ablauf des jeweiligen Versicherungsjahres eine Kündigung zugegangen ist.
- 16.3 Bei einer Vertragsdauer von weniger als einem Jahr endet der Vertrag, ohne dass es einer Kündigung bedarf, zum vorgesehenen Zeitpunkt.
- 16.4 Bei einer Vertragsdauer von mehr als drei Jahren kann der Vertrag schon zum Ablauf des dritten Jahres oder jedes darauffolgenden Jahres gekündigt werden; die Kündigung muss dem Vertragspartner spätestens drei Monate vor dem Ablauf des jeweiligen Versicherungsjahres zugegangen sein.
- 17. Wegfall des versicherten Risikos**
- Wenn versicherte Risiken vollständig und dauerhaft wegfallen, so erlischt die Versicherung bezüglich dieser Risiken. Uns steht der Beitrag zu, den wir hätten erheben können, wenn die Versicherung dieser Risiken nur bis zu dem Zeitpunkt beantragt worden wäre, zu dem wir vom Wegfall Kenntnis erlangen.
- 18. Kündigung nach Beitragsangleichung**
- Erhöht sich der Beitrag aufgrund der Beitragsangleichung gemäß Ziffer 15.3 ohne dass sich der Umfang des Versicherungsschutzes ändert, können Sie den Versicherungsvertrag innerhalb eines Monats nach Zugang unserer Mitteilung mit sofortiger Wirkung, frühestens jedoch zu dem Zeitpunkt kündigen, in dem die Beitragserhöhung wirksam werden sollte.
- Wir haben Sie in der Mitteilung auf das Kündigungsrecht hinzuweisen. Die Mitteilung muss Ihnen spätestens einen Monat vor dem Wirksamwerden der Beitragserhöhung zugehen.
- Eine Erhöhung der Versicherungsteuer begründet kein Kündigungsrecht.
- 19. Kündigung nach Versicherungsfall**
- 19.1 Das Versicherungsverhältnis kann gekündigt werden, wenn
- von uns eine Schadensersatzzahlung geleistet wurde oder
 - Ihnen eine Klage über einen unter den Versicherungsschutz fallenden Haftpflichtanspruch gerichtlich zugestellt wird.
- Die Kündigung muss dem Vertragspartner in Schriftform spätestens einen Monat nach der Schadensersatzzahlung oder der Zustellung der Klage zugegangen sein.
- 19.2 Kündigen Sie, wird Ihre Kündigung sofort nach ihrem Zugang bei uns wirksam. Sie können jedoch bestimmen, dass die Kündigung zu einem späteren Zeitpunkt, spätestens jedoch zum Ende der laufenden Versicherungsperiode, wirksam wird.
- Eine Kündigung durch uns wird einen Monat nach ihrem Zugang bei Ihnen wirksam.
- 20. Kündigung nach Veräußerung versicherter Unternehmen**
- 20.1 Wird ein Unternehmen, für das eine Haftpflichtversicherung besteht, an einen Dritten veräußert, tritt dieser an Ihrer Stelle in die während der Dauer seines Eigentums sich aus dem Versicherungsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten ein.
- Dies gilt auch, wenn ein Unternehmen auf Grund eines Nießbrauchs, eines Pachtvertrages oder eines ähnlichen Verhältnisses von einem Dritten übernommen wird.
- 20.2 Das Versicherungsverhältnis kann in diesem Fall
- durch uns dem Dritten gegenüber mit einer Frist von einem Monat,
 - durch den Dritten uns gegenüber mit sofortiger Wirkung oder auf den Schluss der laufenden Versicherungsperiode in Schriftform gekündigt werden.
- 20.3 Das Kündigungsrecht erlischt, wenn
- wenn wir es nicht innerhalb eines Monats von dem Zeitpunkt an ausüben, in welchem wir vom Übergang auf den Dritten Kenntnis erlangen;
 - der Dritte es nicht innerhalb eines Monats nach dem Übergang ausübt, wobei das Kündigungsrecht bis zum Ablauf eines Monats von dem Zeitpunkt an bestehen bleibt, in dem der Dritte von der Versicherung Kenntnis erlangt.
- 20.4 Erfolgt der Übergang auf den Dritten während einer laufenden Versicherungsperiode und wird das Versicherungsverhältnis nicht gekündigt, haften Sie als bisheriger Versicherungsnehmer und der Dritte für den Versicherungsbeitrag dieser Periode als Gesamtschuldner.
- 20.5 Der Übergang eines Unternehmens ist uns durch Sie als bisherigen Versicherungsnehmer oder den Dritten unverzüglich anzuzeigen.
- Bei einer schuldhaften Verletzung der Anzeigepflicht besteht kein Versicherungsschutz, wenn der Versicherungsfall später als einen Monat nach dem Zeitpunkt eintritt, in dem uns die Anzeige hätte zugehen müssen und wir den mit dem Veräußerer bestehenden Vertrag mit dem Erwerber nicht geschlossen hätten.
- Der Versicherungsschutz lebt wieder auf und besteht für alle Versicherungsfälle, die frühestens einen Monat nach dem Zeitpunkt eintreten, in dem wir von der Veräußerung Kenntnis erlangen. Dies gilt nur, wenn wir in diesem Monat von unserem Kündigungsrecht keinen Gebrauch gemacht haben.
- Der Versicherungsschutz fällt trotz Verletzung der Anzeigepflicht nicht weg, wenn uns die Veräußerung in dem Zeitpunkt bekannt war, in dem uns die Anzeige hätte zugehen müssen.
- 21. Kündigung nach Risikoerhöhung aufgrund Änderung oder Erlass von Rechtsvorschriften**
- Bei Erhöhungen des versicherten Risikos durch Änderung bestehender oder Erlass neuer Rechtsvorschriften sind wir berechtigt, das Versicherungsverhältnis unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zu kündigen. Das Kündigungsrecht erlischt, wenn es nicht innerhalb eines Monats von dem Zeitpunkt an ausgeübt wird, in welchem wir von der Erhöhung Kenntnis erlangt haben.
- 22. Mehrfachversicherung**
- 22.1 Eine Mehrfachversicherung liegt vor, wenn das Risiko in mehreren Versicherungsverträgen versichert ist.
- 22.2 Wenn die Mehrfachversicherung zustande gekommen ist, ohne dass Sie dies wussten, können Sie die Aufhebung des später geschlossenen Vertrages verlangen.
- 22.3 Das Recht auf Aufhebung erlischt, wenn Sie es nicht innerhalb eines Monats geltend machen, nachdem Sie von der Mehrfachversicherung Kenntnis erlangt haben. Die Aufhebung wird zu dem Zeitpunkt wirksam, zu dem die Erklärung, mit der sie verlangt wird, uns zugeht.
- Ihre Obliegenheiten**
- 23. Ihre vorvertraglichen Anzeigepflichten**
- 23.1 Vollständigkeit und Richtigkeit von Angaben über gefahrerhebliche Umstände
- Sie haben uns bis zur Abgabe Ihrer Vertragserklärung alle Ihnen bekannten Gefahrumstände in Textform anzuzeigen, nach denen wir Sie in Textform gefragt haben und die für unseren Entschluss erheblich sind, den Vertrag mit dem vereinbarten Inhalt zu schließen. Sie sind auch insoweit zur Anzeige verpflichtet, als wir nach Ihrer Vertragserklärung, aber vor unserer Vertragsannahme Fragen im Sinne des S. 1 in Textform stellen. Gefahrerheblich sind die Umstände, die geeignet sind, auf unseren Entschluss Einfluss auszuüben, den Vertrag überhaupt oder mit dem vereinbarten Inhalt abzuschließen.
- Soll eine andere Person versichert werden, ist diese neben Ihnen für die wahrheitsgemäße und vollständige Anzeige der gefahrerheblichen Umstände und die Beantwortung der an Sie gestellten Fragen verantwortlich.
- Wird der Vertrag von Ihrem Vertreter geschlossen und kennt dieser den gefahrerheblichen Umstand, müssen Sie sich so behandeln lassen, als hätten Sie selbst davon Kenntnis gehabt oder dies arglistig verschwiegen.
- 23.2 Rücktritt
- 1) Unvollständige und unrichtige Angaben zu den gefahrerheblichen Umständen berechtigen uns, vom Versicherungsvertrag zurückzutreten. Dies gilt auch dann, wenn ein Umstand nicht oder unrichtig angezeigt wurde, weil Sie sich der Kenntnis der Wahrheit arglistig entzogen haben.
- Dies gilt nur, wenn wir Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform auf die Folgen einer Anzeigepflichtverletzung hingewiesen haben. Wir müssen unser Rücktrittsrecht innerhalb eines Monats schriftlich geltend machen. Dabei haben wir die Umstände anzugeben, auf die wir unsere Erklärung stützen. Innerhalb der Monatsfrist dürfen wir auch nachträglich weitere Umstände zur Begründung unserer Erklärung angeben. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, zu dem wir von der Verletzung der Anzeigepflicht, die unser Rücktrittsrecht begründet, Kenntnis erlangen.
- Der Rücktritt erfolgt durch Erklärung Ihnen gegenüber.
- 2) Wir können uns auf unser Rücktrittsrecht nicht berufen, wenn wir den nicht angezeigten Gefahrumstand oder die Unrichtigkeit der Anzeige kannten.
- Wir haben kein Rücktrittsrecht, wenn Sie nachweisen, dass Sie oder Ihr Vertreter die unrichtigen oder unvollständigen Angaben weder vorsätzlich noch grob fahrlässig gemacht haben.
- Unser Rücktrittsrecht wegen grob fahrlässiger Verletzung der Anzeigepflicht besteht nicht, wenn Sie nachweisen, dass wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen hätten.

- 3) Im Fall des Rücktritts besteht kein Versicherungsschutz.
Treten wir nach Eintritt des Versicherungsfalles zurück, dürfen wir den Versicherungsschutz nicht versagen, wenn Sie nachweisen, dass der unvollständig oder unrichtig angezeigte Umstand weder für den Eintritt des Versicherungsfalles noch für die Feststellung oder den Umfang der Leistung ursächlich war. Auch in diesem Fall besteht aber kein Versicherungsschutz, wenn Sie die Anzeigepflicht arglistig verletzt haben. Uns steht der Teil des Beitrages zu, der bis zum Wirksamwerden der Rücktrittserklärung abgelaufenen Vertragszeit entspricht.
- 23.3 Beitragsänderung oder Kündigungsrecht
Ist unser Rücktrittsrecht ausgeschlossen, weil Ihre Verletzung einer Anzeigepflicht weder auf Vorsatz noch auf grober Fahrlässigkeit beruhte, können wir den Versicherungsvertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Monat in Schriftform kündigen. Dies gilt nur, wenn wir Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform auf die Folgen einer Anzeigepflichtverletzung hingewiesen haben.
Dabei haben wir die Umstände anzugeben, auf die wir unsere Erklärung stützen. Innerhalb der Monatsfrist dürfen wir auch nachträglich weitere Umstände zur Begründung unserer Erklärung angeben. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, zu dem wir von der Verletzung Ihrer Anzeigepflicht Kenntnis erlangt haben.
Wir können uns auf unser Kündigungsrecht wegen Anzeigepflichtverletzung nicht berufen, wenn wir den nicht angezeigten Gefahrumstand oder die Unrichtigkeit der Anzeige kannten.
Das Kündigungsrecht ist auch ausgeschlossen, wenn Sie nachweisen, dass wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen hätten.
Können wir nicht zurücktreten oder kündigen, weil wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, aber zu anderen Bedingungen geschlossen hätten, werden die anderen Bedingungen auf unser Verlangen rückwirkend Vertragsbestandteil. Haben Sie die Pflichtverletzung nicht zu vertreten, werden die anderen Bedingungen ab der laufenden Versicherungsperiode Vertragsbestandteil. Dies gilt nur, wenn wir Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform auf die Folgen einer Anzeigepflichtverletzung hingewiesen haben.
Wir müssen die Vertragsanpassung innerhalb eines Monats schriftlich geltend machen. Dabei haben wir die Umstände anzugeben, auf die wir unsere Erklärung stützen. Innerhalb der Monatsfrist dürfen wir auch nachträglich weitere Umstände zur Begründung unserer Erklärung angeben. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, zu dem wir von der Verletzung der Anzeigepflicht, die uns zur Vertragsanpassung berechtigt, Kenntnis erlangen.
Wir können uns auf eine Vertragsanpassung nicht berufen, wenn wir den nicht angezeigten Gefahrumstand oder die Unrichtigkeit der Anzeige kannten.
Erhöht sich durch die Vertragsanpassung der Beitrag um mehr als 10% oder schließen wir die Gefahrabsicherung für den nicht angezeigten Umstand aus, können Sie den Vertrag innerhalb eines Monats nach Zugang unserer Mitteilung fristlos in Schriftform kündigen.
- 23.4 Anfechtung
Unser Recht, den Vertrag wegen arglistiger Täuschung anzufechten, bleibt unberührt. Im Fall der Anfechtung steht uns der Teil des Beitrages zu, der bis zum Wirksamwerden der Anfechtungserklärung abgelaufenen Vertragszeit entspricht.
24. **Obliegenheiten vor Eintritt des Versicherungsfalles**
Besonders gefahrdrohende Umstände haben Sie auf unser Verlangen innerhalb angemessener Frist zu beseitigen. Dies gilt nicht, soweit die Beseitigung unter Abwägung der beiderseitigen Interessen unzumutbar ist. Ein Umstand, der zu einem Schaden geführt hat, gilt ohne weiteres als besonders gefahrdrohend.
25. **Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles**
- 25.1 Jeder Versicherungsfall ist uns unverzüglich anzuzeigen, auch wenn noch keine Schadensersatzansprüche erhoben wurden. Das Gleiche gilt, wenn gegen Sie Haftpflichtansprüche geltend gemacht werden.
- 25.2 Sie müssen nach Möglichkeit für die Abwendung und Minderung des Schadens sorgen. Unsere Weisungen sind dabei zu befolgen, soweit es für Sie zumutbar ist. Sie haben uns ausführliche und wahrheitsgemäße Schadenberichte zu erstatten und uns bei der Schadenermittlung und -regulierung zu unterstützen. Alle Umstände, die nach unserer Ansicht für die Bearbeitung des Schadens wichtig sind, müssen mitgeteilt sowie alle dafür angeforderten Schriftstücke übersandt werden.
- 25.3 Wird gegen Sie ein Haftpflichtanspruch erhoben, ein staatsanwaltschaftliches, behördliches oder gerichtliches Verfahren eingeleitet, ein Mahnbescheid erlassen oder Ihnen gerichtlich der Streit verkündet, haben Sie dies ebenfalls unverzüglich anzuzeigen.
- 25.4 Gegen einen Mahnbescheid oder eine Verfügung von Verwaltungsbehörden auf Schadensersatz müssen Sie fristgemäß Widerspruch oder die sonst erforderlichen Rechtsbehelfe einlegen. Unserer Weisung bedarf es nicht.
- 25.5 Wird gegen Sie ein Haftpflichtanspruch gerichtlich geltend gemacht, haben Sie die Führung des Verfahrens uns zu überlassen. Wir beauftragen in Ihrem Namen einen Rechtsanwalt. Sie müssen dem Rechtsanwalt Vollmacht sowie alle erforderlichen Auskünfte erteilen und die angeforderten Unterlagen zur Verfügung stellen.
26. **Rechtsfolgen bei Verletzung von Obliegenheiten**
- 26.1 Verletzen Sie eine Obliegenheit aus diesem Vertrag, die Sie vor Eintritt des Versicherungsfalles zu erfüllen haben, können wir den Vertrag innerhalb eines Monats ab Kenntnis von der Obliegenheitsverletzung fristlos kündigen. Wir haben kein Kündigungsrecht, wenn Sie nachweisen, dass die Obliegenheitsverletzung weder auf Vorsatz noch auf grober Fahrlässigkeit beruhte.
- 26.2 Wird eine Obliegenheit aus diesem Vertrag vorsätzlich verletzt, verlieren Sie Ihren Versicherungsschutz. Bei grob fahrlässiger Verletzung einer Obliegenheit sind wir berechtigt, unsere Leistung in einem der Schwere Ihres Verschuldens entsprechenden Verhältnis zu kürzen. Der vollständige oder teilweise Wegfall des Versicherungsschutzes hat bei Verletzung einer nach Eintritt des Versicherungsfalles bestehenden Auskunfts- oder Aufklärungsobliegenheit zur Voraussetzung, dass wir Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform auf diese Rechtsfolge hingewiesen haben.
Weisen Sie nach, dass Sie die Obliegenheit nicht grob fahrlässig verletzt haben, bleibt der Versicherungsschutz bestehen.
Der Versicherungsschutz bleibt auch bestehen, wenn Sie nachweisen, dass die Verletzung der Obliegenheit weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungsfalles noch für die Feststellung oder den Umfang der Leistung ursächlich war. Das gilt nicht, wenn Sie die Obliegenheit arglistig verletzt haben.
Die vorstehenden Bestimmungen gelten unabhängig davon, ob wir ein uns nach Ziff. 26.1 zustehendes Kündigungsrecht ausüben.
- Weitere Bestimmungen**
27. **Mitversicherte Personen**
- 27.1 Erstreckt sich die Versicherung auch auf Haftpflichtansprüche gegen andere Personen als Sie selbst, sind alle für Sie geltenden Bestimmungen auf die Mitversicherten entsprechend anzuwenden. Die Bestimmungen über die Vorsorgeversicherung (Ziffer 4) gelten nicht, wenn das neue Risiko nur in der Person eines Mitversicherten entsteht.
- 27.2 Die Ausübung der Rechte aus dem Versicherungsvertrag steht ausschließlich Ihnen zu. Sie sind neben den Mitversicherten für die Erfüllung der Obliegenheiten verantwortlich.
28. **Abtretungsverbot**
Der Freistellungsanspruch darf vor seiner endgültigen Feststellung ohne unsere Zustimmung weder abgetreten noch verpfändet werden. Eine Abtretung an den geschädigten Dritten ist zulässig.
29. **Anzeigen, Willenserklärungen, Anschriftenänderung**
- 29.1 Alle für uns bestimmten Anzeigen und Erklärungen sollen an unsere Hauptverwaltung oder an die im Versicherungsschein oder in dessen Nachträgen als zuständig bezeichnete Geschäftsstelle gerichtet werden.
- 29.2 Haben Sie uns eine Änderung Ihrer Anschrift nicht mitgeteilt, genügt für eine Willenserklärung, die Ihnen gegenüber abzugeben ist, die Absendung eines eingeschriebenen Briefes an die letzte uns bekannte Anschrift. Die Erklärung gilt drei Tage nach der Absendung des Briefes als zugegangen. Dies gilt entsprechend für den Fall Ihrer Namensänderung.
- 29.3 Haben Sie die Versicherung für Ihren Gewerbebetrieb abgeschlossen, finden bei einer Verlegung der gewerblichen Niederlassung die Bestimmungen der Ziffer 29.2 entsprechende Anwendung.
30. **Verjährung**
- 30.1 Die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag verjähren in drei Jahren. Die Fristberechnung richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.
- 30.2 Ist Ihr Anspruch aus dem Versicherungsvertrag bei uns angemeldet worden, ist die Verjährung von der Anmeldung bis zu dem Zeitpunkt gehemmt, zu dem unsere Entscheidung dem Anspruchsteller in Textform zugeht.
31. **Zuständiges Gericht**
- 31.1 Für Klagen aus dem Versicherungsvertrag gegen uns bestimmt sich die gerichtliche Zuständigkeit nach unserem Sitz oder dem Sitz unserer für den Versicherungsvertrag zuständigen Niederlassung. Ist der Versicherungsnehmer eine natürliche Person, ist auch das Gericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk der Versicherungsnehmer zur Zeit der Klageerhebung seinen Wohnsitz oder, in Ermangelung eines solchen, seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.
- 31.2 Ist der Versicherungsnehmer eine natürliche Person müssen Klagen aus dem Versicherungsvertrag gegen ihn bei dem Gericht erhoben werden, das für seinen Wohnsitz oder, in Ermangelung eines solchen, den Ort seines gewöhnlichen Aufenthalts zuständig ist. Ist der Versicherungsnehmer eine juristische Person, bestimmt sich das zuständige Gericht auch nach dem Sitz oder der Niederlassung des Versicherungsnehmers. Das gleiche gilt, wenn der Versicherungsnehmer eine Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder eine eingetragene Partnergesellschaft ist.
- 31.3 Sind der Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt, bestimmt sich die gerichtliche Zuständigkeit für Klagen aus dem Versicherungsvertrag gegen den Versicherungsnehmer nach dem Sitz des Versicherers oder seiner für den Versicherungsvertrag zuständigen Niederlassung.
32. **Anzuwendendes Recht**
Für diesen Vertrag gilt deutsches Recht.

Die folgenden Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen sind nur Vertragsbestandteil, wenn sie in Ihrem Versicherungsschein und seinen Nachträgen ausdrücklich vereinbart und dokumentiert sind.

1. Was ist versichert?
2. Wer ist mitversichert?
3. Welche Regelungen gelten für Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge?
4. Was gilt außerdem für:
 - 4.1 Mietsachschäden?
 - 4.2 Auslandsaufenthalte?
 - 4.3 Sachschäden durch häusliche Abwässer und Abwässer aus dem Rückstau des Straßenkanals?
 - 4.4 die Fortsetzung der Privathaftpflichtversicherung nach Ihrem Tod?
 - 4.5 die Begrenzung der Leistungen?
 - 4.6 die Mitversicherung von Vermögensschäden?
 - 4.7 die Mitversicherung des Schlüsselverlustrisikos?
 - 4.8 die Vorsorgeversicherung?
 - 4.9 die Mitversicherung der Forderungsausfall-Deckung?
 - 4.10 die Mitversicherung von Schäden durch deliktsunfähige Kinder?
 - 4.11 die Mitversicherung von Schäden aus der Tätigkeit als Tagesmutter/Tageseltern/Leihoma?
 - 4.12 die Mitversicherung von Schäden aus der Teilnahme an fachpraktischem Unterricht bzw. aus der Teilnahme an Praktika?
 - 4.13 die Mitversicherung von Schäden aus dem Gefälligkeitsverhältnis?
 - 4.14 die Mitversicherung von Schäden aus der Beschädigung fremder, gemieteter, geliehener oder gepachteter Sachen?
 - 4.15 die Mitversicherung von Schäden aus einem Ehrenamt?
 - 4.16 die Mitversicherung von Kautionsleistungen bei Schäden aufgrund gesetzlicher Haftpflicht im europäischen Ausland?
 - 4.17 Abweichungen gegenüber den AHB-Musterbedingungen des GDV?
 - 4.18 künftige Bedingungsverbesserungen?
 - 4.19 Öffentlich-rechtliche Pflichten oder Ansprüche zur Sanierung von Umweltschäden gem. Umweltschadengesetz (USchadG)?
Besondere Bedingungen für die Versicherung der Haftpflicht aus Gewässerschäden (außer Anlagenrisiko): Mitversicherung im Rahmen der Haftpflichtversicherung für Privatpersonen (BDAE EXKLUSIV)
 - 4.20 Zusatzbedingungen zur Haftpflichtversicherung für Privatpersonen (BDAE EXKLUSIV) für die Haftpflicht aus Gewässerschäden (Anlagenrisiko)
5. Besondere Vertragsformen (sofern jeweils vereinbart)
- 5.1 Single-Versicherung
6. Generelle Selbstbeteiligung

1. **Was ist versichert?**
Versichert ist – im Umfang der Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung (AHB BDAE) und der nachstehenden Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen – Ihre gesetzliche Haftpflicht als Privatperson
aus den Gefahren des täglichen Lebens – mit Ausnahme der Gefahren eines Betriebes, Berufes, Dienstes, Amtes (auch Ehrenamtes), einer verantwortlichen Betätigung in Vereinigungen aller Art oder einer ungewöhnlichen und gefährlichen Beschäftigung – insbesondere
 - 1.1 als Familien- und Haushaltsvorstand (z.B. aus der Aufsichtspflicht über Minderjährige);
 - 1.2 als Dienstherr der in Ihrem Haushalt tätigen Personen (vgl. Ziffer 2.3);
 - 1.3 als Inhaber
 - 1.3.1 einer oder mehrerer in Europa und in den außereuropäischen Gebieten, die zum Geltungsbereich des Vertrages über die Europäische Union gehören, gelegener Wohnungen (bei Wohnungseigentum als Sondereigentümer), einschließlich Ferien-/Wochenendwohnungen,
 - 1.3.2 eines in Europa und in den außereuropäischen Gebieten, die zum Geltungsbereich des Vertrages über die Europäische Union gehören, gelegenen Ferien-/Wochenendhauses oder eines auf Dauer und ohne Unterbrechung in Europa und in den außereuropäischen Gebieten, die zum Geltungsbereich des Vertrages über die Europäische Union gehören, fest installierten Wohnwagens,
 - 1.3.3 eines in Europa und in den außereuropäischen Gebieten, die zum Geltungsbereich des Vertrages über die Europäische Union gehören, gelegenen Einfamilienhauses (Doppelhaushälfte, Reihenhaus), sofern sie von Ihnen ausschließlich zu Wohnzwecken genutzt und verwendet werden, einschließlich der dazugehörigen Garagen, Carports, Kraftfahrzeug-Stellplätze und Gärten sowie eines Schrebergartens.

Zu Ziffer 1.3.1 gilt:
Bei Sondereigentümern sind Haftpflichtansprüche der Gemeinschaft der Wohnungseigentümer wegen Beschädigung des Gemeinschaftseigentums versichert. Die Ersatzpflicht erstreckt sich jedoch nicht auf den Miteigentumsanteil an dem gemeinschaftlichen Eigentum und alle sich daraus ergebenden Vermögensschäden.

Besondere Bedingungen und Risikobeschreibungen zur Privathaftpflichtversicherung BDAE EXKLUSIV

Zu Ziffer 1.3.2 und Ziffer 1.3.3 gilt:

Eingeschlossen ist die gesetzliche Haftpflicht aus dem Miteigentum an zu einem Einfamilienhaus (Doppelhaushälfte, Reihenhaus) sowie zu einem Wochenend-/Ferienhaus gehörenden Gemeinschaftsanlagen (z. B. Wege der öffentlichen Straße, Wege zu einem gemeinschaftlichen Wäschetrockenplatz und dieser selbst, sonstige Wohnwege, Garagenhöfe und Stellplätze für Müllbehälter). Die Ersatzpflicht erstreckt sich bei Schäden am Gemeinschaftseigentum nicht auf Ihren Miteigentumsanteil.

Zu Ziffer 1.3.1 bis Ziffer 1.3.3 gilt:

Mitversichert ist die gesetzliche Haftpflicht

- aus der Verletzung von Pflichten, die Ihnen in den oben genannten Eigenschaften obliegen (z.B. bauliche Instandhaltung, Beleuchtung, Reinigung, Streuen und Schneeräumen auf Gehwegen);
- als Bauherr oder Unternehmer von Bauarbeiten (Neubauten, Umbauten, Reparaturen, Abbruch-, Grabarbeiten) bis zu einer Bausumme von 150.000,- EUR je Bauvorhaben. Wird dieser Betrag überschritten, so entfällt die Mitversicherung. Es gelten dann die Bestimmungen über die Vorsorgeversicherung (Ziffer 3.1 (3) AHB BDAE und Ziffer 4 AHB BDAE). Die Bestimmungen zur zeitlichen Befristung nach Ziffer 4.3 (4) AHB BDAE entfallen;
- als früherer Besitzer aus § 836 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), wenn die Versicherung bis zum Besitzwechsel bestand;
- der Zwangs- oder Insolvenzverwalter in dieser Eigenschaft;

- 1.3.4 von Kleingebinden bis 50 l/kg je Einzelgebinde und mit einem Gesamtfassungsvermögen der vorhandenen Kleingebinde bis 500 l/kg und aus der dortigen Lagerung von gewässerschädlichen Stoffen nach den Bestimmungen der Besonderen Bedingungen für die Versicherung der Haftpflicht aus Gewässerschäden (außer Anlagenrisiko): Mitversicherung im Rahmen der Haftpflichtversicherung für Privatpersonen (BDAE EXKLUSIV), vgl. Ziffer 5.

Alle anderen und/oder über die vorstehend genannten Merkmale hinaus gehenden Anlagen sind nur versichert, wenn sie im Versicherungsschein und seinen Nachträgen aufgeführt und mit einem Tarifbeitrag versehen sind oder sofern Versicherungsschutz nach Ziffer 1.3.5 dieser Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen zur Haftpflichtversicherung für Privatpersonen (BDAE EXKLUSIV) und Ziffer 6.1.1.2 der Zusatzbedingungen zur Haftpflichtversicherung für Privatpersonen (BDAE EXKLUSIV) für die Haftpflicht aus Gewässerschäden (Anlagenrisiko) besteht. Trifft dies nicht zu, erlischt abweichend von Ziffer 3.1 (2) AHB BDAE die Mitversicherung der gesetzlichen Haftpflicht aus der Lagerung und Verwendung gewässerschädlicher Stoffe vollständig.

Die Bestimmungen der Ziffer 3.1 (3) AHB BDAE und der Ziffer 4 AHB BDAE – Vorsorgeversicherung – finden keine Anwendung.

Der Versicherungsschutz hierfür bedarf insoweit besonderer Vereinbarung (für diese Fälle werden gesonderte Versicherungsbedingungen zugrunde gelegt, vgl. Ziffer 6).

- 1.3.5 eines oberirdischen Heizöltanks ausschließlich im von Ihnen selbst genutzten Anwesen (Risikoanschrift) mit einem Einzelfassungsvermögen von maximal 5.000 l/kg und aus der Verwendung dieser dort gelagerten gewässerschädlichen Stoffe. Der Versicherungsschutz wird näher geregelt durch die Zusatzbedingungen zur Haftpflichtversicherung für Privatpersonen für die Haftpflicht aus Gewässerschäden (Anlagenrisiko), vgl. Ziffer 6.

Alle anderen und/oder über die vorstehend genannten Merkmale hinaus gehenden Anlagen sind nur versichert, wenn sie im Versicherungsschein und seinen Nachträgen aufgeführt und mit einem Tarifbeitrag versehen sind. Es erlischt dann abweichend von Ziffer 3.1 (2) AHB BDAE die Mitversicherung der gesetzlichen Haftpflicht aus der Lagerung und Verwendung gewässerschädlicher Stoffe vollständig.

Die Bestimmungen der Ziffer 3.1 (3) AHB BDAE und der Ziffer 4 AHB BDAE – Vorsorgeversicherung – finden keine Anwendung.

Der Versicherungsschutz hierfür bedarf insoweit besonderer Vereinbarung, vgl. Ziffer 6.

- 1.3.6 eines unbebauten Grundstücks bis zu einer Gesamtfläche von 1.500 m²;

Hierbei ist mitversichert die gesetzliche Haftpflicht aus der Verletzung von Pflichten, die Ihnen in der oben genannten Eigenschaft obliegen (z.B. bauliche Instandhaltung, Beleuchtung, Streu- und Reinigungspflichten und Schneeräumen auf Gehwegen).

- 1.4 aus der Vermietung von Wohnraum – auch Einliegerwohnung – und dazugehörigen Garagen, Carports und Kraftfahrzeug-Stellplätzen im von Ihnen selbst bewohnten Anwesen (Risikoanschrift) – nicht jedoch von Räumen oder Plätzen zu gewerblichen Zwecken – bis zu einer Bruttojahresmieteinnahme von 6.000,- EUR. Wird dieser Betrag überschritten, so entfällt die Mitversicherung. Es gelten dann die Bestimmungen über die Vorsorgeversicherung (Ziffer 3.1 (3) AHB BDAE und Ziffer 4 AHB BDAE).

- 1.5 aus der Vermietung einer im Inland gelegenen Eigentumswohnung mit dazugehörigen Garagen, Carports und Kraftfahrzeug-Stellplätzen, nicht jedoch von Räumen oder Plätzen zu gewerblichen Zwecken.
- 1.6 aus der gelegentlichen Vermietung von im Inland gelegenen Ferien-/ Wochenendhäusern oder Ferien-/Wochenendwohnungen mit dazugehörigen Garagen, Carports und Kraftfahrzeug-Stellplätzen, nicht jedoch von Räumen oder Plätzen zu gewerblichen Zwecken.
- Zu Ziffer 1.4 bis Ziffer 1.6 gilt:**
Gegebenenfalls zusätzlich bestehende Versicherungen gehen diesem Versicherungsschutz vor.
Mitversichert ist die gesetzliche Haftpflicht wegen Vermögensschäden im Sinne der Ziffer 2.1 AHB BDAE wegen Versicherungsfällen, die während der Wirksamkeit der Versicherung eingetreten sind, aus der Verletzung von Datenschutzgesetzen durch Verwendung oder Weitergabe personenbezogener Daten.
- 1.7 aus dem Besitz und dem Gebrauch von Fahrrädern;
- 1.8 aus der Ausübung von Sport, ausgenommen Jagd und Haftpflichtansprüche aus Schäden in Folge Teilnahme an Pferde-, Rad- oder Kraftfahrzeugrennen, Box- oder Ringkämpfen sowie den Vorbereitungen hierzu (Training);
- 1.9 aus dem erlaubten privaten Besitz und aus dem Gebrauch von Hieb-, Stoß- und Schusswaffen sowie Munition und Geschossen, nicht jedoch zu Jagdzwecken oder zu strafbaren Handlungen;
- 1.10 Elektronischer Datenaustausch
- 1.10.1 Eingeschlossen ist – abweichend von Ziffer 7.15 AHB BDAE – Ihre gesetzliche Haftpflicht wegen Schäden aus dem Austausch, der Übermittlung und der Bereitstellung elektronischer Daten, z.B. im Internet, per E-Mail oder mittels Datenträger, soweit es sich handelt um Schäden aus
- 1.10.1.1 Löschung, Unterdrückung, Unbrauchbarmachung oder Veränderung von Daten (Datenveränderung) bei Dritten durch Computerviren und/oder andere Schadprogramme;
- 1.10.1.2 Datenveränderung aus sonstigen Gründen sowie der Nichterfassung und fehlerhafter Speicherung von Daten bei Dritten und zwar wegen
- 1) sich daraus ergebender Personen- und Sachschäden, nicht jedoch weiterer Datenveränderungen sowie
 - 2) der Kosten zur Wiederherstellung der veränderten Daten bzw. zur Erfassung oder korrekten Speicherung nicht oder fehlerhaft erfasster Daten;
 - 3) Störung des Zugangs Dritter zum elektronischen Datenaustausch.
- 1.10.2 Voraussetzung für den Versicherungsschutz ist, dass Sie Prüfungen und Sicherungen der auszutauschenden, zu übermittelnden oder bereitgestellten Daten durch Sicherheitsmaßnahmen und -techniken, die dem jeweils aktuellen Stand der Technik und Entwicklung entsprechen, regelmäßig durchführen (z.B. Virens Scanner, Firewall). Diese Maßnahmen können auch durch Dritte (z.B. Serviceprovider) erfolgen. Bei Verstoß gegen diese in Ziffer 1.10.2 genannten Obliegenheiten können Sie Ihren Versicherungsschutz nach Maßgabe von Ziffer 26.1 AHB BDAE verlieren.
- 1.10.3 Ergänzend zu Ziffer 6.3 AHB BDAE gelten mehrere während der Wirksamkeit der Versicherung eintretende Versicherungsfälle als ein Versicherungsfall, der im Zeitpunkt des ersten dieser Versicherungsfälle eingetreten ist, wenn diese
- 1.10.3.1 auf derselben Ursache,
- 1.10.3.2 auf gleichen Ursachen mit innerem, insbesondere sachlichem und zeitlichem Zusammenhang oder
- 1.10.3.3 auf dem Austausch, der Übermittlung und Bereitstellung elektronischer Daten mit gleichen Mängeln beruhen.
- 1.10.4 Versicherungsschutz besteht – abweichend von Ziffer 7.9 AHB BDAE – für Versicherungsfälle im Ausland.
- 1.10.5 Nicht versichert sind Ansprüche aus nachfolgend genannten Tätigkeiten und Leistungen:
- 1.10.5.1 Software-Herstellung, -Handel, -Implementierung, -Pflege;
- 1.10.5.2 IT-Beratung, -Analyse, -Organisation, -Einweisung, -Schulung;
- 1.10.5.3 Netzwerkplanung, -Installation, -Integration, -Betrieb, -Wartung, -Pflege;
- 1.10.5.4 Bereithaltung fremder Inhalte, z.B. Access-, Host-, Full-Service-Providing;
- 1.10.5.5 Betrieb von Datenbanken.
- 1.10.6 Ausgeschlossen vom Versicherungsschutz sind Ansprüche
- 1.10.6.1 wegen Schäden, die dadurch entstehen, dass Sie bewusst
- 1) unbefugt in fremde Datenverarbeitungssysteme/Datennetze eingreifen (z. B. Hacker-Attacke, Denial-of-Service-Attacks),
 - 2) Software einsetzen, die geeignet ist, die Datenordnung zu zerstören oder zu verändern (z. B. Software-Viren, Trojanische Pferde).
- 1.10.6.2 die in engem Zusammenhang stehen mit
- 1) massenhaft versandten, vom Empfänger ungewollten elektronisch übertragenen Informationen (z. B. Spamming),
 - 2) Dateien (z. B. Cookies) mit denen widerrechtlich bestimmte Informationen über Internet-Nutzer gesammelt werden sollen.
- 1.10.6.3 gegen Personen (Sie oder jeden Mitversicherten), soweit diese den Schaden durch bewusstes Abweichen von gesetzlichen oder behördlichen Vorschriften (z. B. Teilnahme an rechtswidrigen Online-Tauschbörsen) oder durch sonstige bewusste Pflichtverletzungen herbeigeführt haben.
- 1.11 als Reiter oder Fahrer bei Benutzung fremder Pferde und Fuhrwerke zu privaten Zwecken (Haftpflichtansprüche der Halter und Eigentümer von Tieren und Fuhrwerken sind nicht versichert).
- 1.12 als Halter oder Hüter von zahmen Haustieren, gezähmten Kleintieren und Bienen, nicht jedoch von Hunden, Rindern, Pferden, sonstigen Reit- und Zugtieren, wilden Tieren sowie von Tieren, die zu gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zwecken gehalten werden.
- 1.13 – abweichend von Ziffer 1.12 – aus der nicht gewerbsmäßigen Hütung fremder Hunde, die nicht von mitversicherten Personen gehalten werden.
Schäden an den zur Beaufsichtigung übernommenen Tieren bleiben gemäß Ziffer 7.6 AHB BDAE vom Versicherungsschutz ausgeschlossen.
Sofern im Versicherungsschein und seinen Nachträgen ausdrücklich nichts anderes vereinbart und dokumentiert wurde, besteht kein Versicherungsschutz für das Halten oder Hüten von als gefährlich eingestuft Hunden/Kampfhunden sowie Hunden, die aufgrund von Gesetzen und/oder Verordnungen einer Erlaubnispflicht unterliegen. Gefährliche Hunde/Kampfhunde im Sinne dieser Bedingungen sind insbesondere Hunde der Rassen oder Gruppen:
American Pit Bull Terrier (Pit Bull Terrier, Pitbull), American Stafford Terrier (American Staffordshire Terrier, Staffordshire Terrier), American Bulldog (Old Country Bulldog, Old English White), Bandog, Bordeaux Dogge (Bordeauxdogge, Dogue de Bordeaux, Bordeaux Mastiff), Bullmastiff, Bullterrier (Bull Terrier, Miniature Bull Terrier), Cane Corso Italiano (Italienischer Corso-Hund, Cane Corso, Corso-Hund, Cane Di Maccellaio), Coban Köpegi (Kangal, Anatolischer Hirtenhund, Karabash, Sivas-Kangal), Dogo Argentino (Dog Argentino, Argentinische Dogge), Dogo Canario (Perro de Presa Canario, Canary Dog, Alano), Fila Brasileiro (Brasilianischer Mastiff), Kaukasischer Owtscharka (Caucasian Owtscharka, Kaukasischer Schäferhund, Kawkasky Owtscharka, Kavkazskaia Ovtcharka), Mastiff ((Old) English Mastiff), Mastin Espanol (Spanischer Mastiff, Spanische Dogge, Mastin Leonés, Mastin extremeno, Mastin manchego), Mastino Napoletano, Perro dogo mallorquín (Ca de Bou, Mallorca-Dogge, Perro de Presa mallorquín, Presa mallorquín), Staffordshire Bullterrier (Staffordshire Bull Terrier), Rhodesian Ridgeback, Tosa-Inu (Japanischer Kampfhund, Tosa Ken, Tosa Token), Rottweiler, Dobermann;
sowie alle Kreuzungen mit mindestens einer dieser Rassen oder Gruppen.
Die Bestimmungen der Ziffer 3.1 (2) AHB BDAE – Erhöhung oder Erweiterung – sowie der Ziffer 3.1 (3) AHB BDAE und Ziffer 4 AHB BDAE – Vorsorgeversicherung – AHB BDAE finden auf die genannten Risiken keine Anwendung.
- Zu Ziffer 1.11 bis Ziffer 1.13 gilt:**
Eine bestehende Tierhalter-Haftpflichtversicherung des Tierhalters geht diesem Versicherungsschutz vor.
- 2. Wer ist mitversichert?**
Mitversichert ist
- 2.1 die gleichartige gesetzliche Haftpflicht
- 2.1.1 Ihres Ehegatten.
- 2.1.2 Ihres eingetragenen Lebenspartners im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes.
Eingetragener Lebenspartner ist derjenige, der in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes oder einer vergleichbaren Partnerschaft nach dem Recht anderer Staaten lebt;
- 2.1.3 Ihrer unverheirateten und nicht in eingetragenen Lebenspartnerschaften lebenden Kinder (auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder), bei volljährigen Kindern jedoch nur, solange
- 2.1.3.1 sie sich noch in einer Schul- oder in einer sich innerhalb von 12 Monaten daran anschließenden Berufsausbildung befinden (berufliche Erstausbildung – Lehre und/oder Studium –, nicht Referendarzeit, Fortbildungsmaßnahmen und dergleichen). Eine sich innerhalb von 12 Monaten daran anschließende zweite Ausbildung Lehre und/oder Studium, auch Bachelor und unmittelbar angeschlossener Masterstudiengang ist ebenfalls mitversichert. Bei Ableistung des Bundesfreiwilligendienstes (einschließlich des freiwilligen zusätzlichen Wehrdienstes) oder des freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres vor, während oder im Anschluss an die Berufsausbildung, bleibt der Versicherungsschutz bestehen;
- 2.1.3.2 ein Vormundschaftsgericht aufgrund einer Behinderung die Betreuung angeordnet hat und sie in Ihrem gemeinsamen Haushalt leben.
Für mitversicherte Ehegatten und gegebenenfalls mitversicherte Kinder besteht der bedingungsgemäße Versicherungsschutz im Falle einer Scheidung noch für weitere drei Monate fort. Das Gleiche gilt für eingetragene Lebenspartner und gegebenenfalls mitversicherte Kinder im Falle einer Aufhebung der eingetragenen Lebenspartnerschaft.
- 2.1.4 Ihrer Eltern oder Großeltern, soweit sie mit Ihnen in häuslicher Gemeinschaft leben und sie bei Ihnen polizeilich gemeldet sind.
- 2.1.5 aller unverheirateten, nicht in eingetragenen Lebenspartnerschaften und nicht in eheähnlichen Lebenspartnerschaften lebenden Personen, die mit Ihnen in häuslicher Gemeinschaft leben und dort polizeilich gemeldet sind (außer Wohngemeinschaften).
- 2.2 sofern im Versicherungsschein und seinen Nachträgen ausdrücklich vereinbart und dokumentiert – gemäß der nachfolgenden Voraussetzungen – die gleichartige gesetzliche Haftpflicht des in häuslicher Ge-

	meinschaft mit Ihnen lebenden Partners einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft und dessen Kinder, diese entsprechend Ziffer 2.1.3:		
2.2.1	Sie und der mitversicherte Partner müssen unverheiratet sein.		
2.2.2	Der mitversicherte Partner muss bei Ihnen polizeilich gemeldet und in der Police namentlich benannt sein.		
2.2.3	Ausgeschlossen vom Versicherungsschutz sind – in Ergänzung zu den in Ziffer 7.4 (1) AHB BDAE genannten – Haftpflichtansprüche der mitversicherten Personen gegen Sie.		
2.2.4	Die Mitversicherung für den Partner und dessen Kinder, die nicht auch Ihre Kinder sind, endet drei Monate nach Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft zwischen Ihnen und dem Partner. Sie haben uns diese unverzüglich, spätestens innerhalb von zwei Wochen, anzuzeigen.	3.6	ferngelenkten Modellfahrzeugen ohne Rücksicht auf eine Höchstgeschwindigkeit und ferngelenkten Modellflugzeugen mit einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 15 km/h.
2.2.5	Im Falle Ihres Todes gilt für den überlebenden Partner und dessen Kinder Ziffer 4.4 dieser Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen zur Haftpflichtversicherung für Privatpersonen. Ausgeschlossen bleiben Haftpflichtansprüche der versicherten Personen und deren Kinder, auch untereinander, mit Ausnahme der nach § 116 Absatz 1 SGB X und § 86 Absatz 1 Versicherungsvertragsgesetz (VVG) übergegangenen Regressansprüche der Sozialversicherungsträger, Träger der Sozialhilfe und privaten Krankenversicherungsträger sowie etwaiger übergangsfähiger Regressansprüche von öffentlichen und privaten Arbeitgebern wegen Personenschäden.	4.	Was gilt außerdem für:
2.3	die gesetzliche Haftpflicht der in Ihrem Haushalt beschäftigten Personen gegenüber Dritten aus dieser Tätigkeit. Das Gleiche gilt für Personen, die aus Arbeitsvertrag oder Gefälligkeitshalber Wohnung, Haus und Garten betreuen oder den Streudienst versehen. Ausgeschlossen sind Haftpflichtansprüche	4.1	Mietsachschäden?
2.3.1	aus Personenschäden, bei denen es sich um Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten nach dem Sozialgesetzbuch VII handelt.	4.1.1	Eingeschlossen ist – abweichend von Ziffer 7.6 AHB BDAE – die gesetzliche Haftpflicht aus der Beschädigung von Wohnräumen und sonstigen zu privaten Zwecken gemieteten Räumen in Gebäuden und alle sich daraus ergebenden Vermögensschäden.
2.3.2	gegen Sie aus § 110 Absatz 1 a Sozialgesetzbuch VII (Regress der Sozialversicherungsträger bei Schwarzarbeit).	4.1.2	Ausgeschlossen sind
3.	Welche Regelungen gelten für Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge?	4.1.2.1	Haftpflichtansprüche wegen
	Nicht versichert ist die Haftpflicht des Eigentümers, Besitzers, Halters oder Führers eines Kraft-, Luft- oder Wasserfahrzeugs sowie eines versicherungspflichtigen Anhängers wegen Schäden, die durch den Gebrauch des Fahrzeugs/Anhängers verursacht werden. Versichert – wobei die persönliche gesetzliche Haftpflicht des verantwortlichen Führers und der sonst zur Bedienung des Fahrzeugs berechtigten Personen mitversichert ist – ist jedoch die Haftpflicht wegen Schäden, die verursacht werden durch den Gebrauch von	1) Abnutzung, Verschleißes und übermäßiger Beanspruchung; 2) Schäden an Heizungs-, Maschinen-, Kessel- und Warmwasserbereitungsanlagen sowie an Elektro- und Gasgeräten; 3) Glasschäden (z. B. auch Plexiglas, Cerankochfelder), soweit Sie sich hiergegen besonders versichern können.	
3.1	nur auf nicht öffentlichen Wegen und Plätzen verkehrenden Kraftfahrzeugen (Kfz) und Kfz-Anhängern ohne Rücksicht auf eine Höchstgeschwindigkeit;	4.1.2.2	die unter den Regressverzicht nach dem Abkommen der Feuerversicherer bei übergreifenden Versicherungsfällen fallenden Rückgriffsansprüche (auf Wunsch wird der Wortlaut des Feuerregressverzichtsabkommens ausgehändigt).
3.2	nicht versicherungspflichtigen Kraftfahrzeugen mit einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 6 km/h;	4.1.3	Die Höchstersatzleistung ist je Schadeneignis auf die im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarte Sachschaden- bzw. Pauschaldeckungssumme begrenzt. Die Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres beträgt das Dreifache der vereinbarten Deckungssumme.
3.3	nicht versicherungspflichtigen, motorgetriebenen Krankenfahrstühlen /-fahrzeuge, Golfwagen, Aufsitzrasenmäher, Schnee-räum-/Kehrgeräten und sonstigen nicht versicherungspflichtigen, selbstfahrenden Arbeitsmaschinen mit einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 20 km/h. Für diese Kfz gelten nicht die Ausschlüsse in Ziffer 3.1 (2) AHB BDAE und Ziffer 4.3 (1) AHB BDAE bzw. Ziffer 21 AHB BDAE. Wir sind von der Verpflichtung zur Leistung frei, - wenn der Fahrer eines Kfz bei Eintritt des Versicherungsfalles auf öffentlichen Wegen und Plätzen nicht die vorgeschriebene Fahrerlaubnis hat; - wenn ein unberechtigter Fahrer das Fahrzeug gebraucht hat. Ihnen gegenüber bleibt die Verpflichtung zur Leistung bestehen, wenn Sie das Vorliegen der Fahrerlaubnis beim verantwortlichen Fahrer ohne Verschulden annehmen durften oder wenn Sie den Gebrauch des Kfz durch den unberechtigten Fahrer nicht bewusst ermöglicht haben.	4.2	Auslandsaufenthalte? Für zeitlich unbegrenzte Auslandsaufenthalte innerhalb Europas und in den außereuropäischen Gebieten, die zum Geltungsbereich des Vertrages über die Europäische Union gehören, sowie für sonstige vorübergehende Auslandsaufenthalte bis zu höchstens fünf Jahren gilt:
3.4	Flugmodellen, unbemannten Ballonen und Drachen,	4.2.1	Eingeschlossen ist – abweichend von Ziffer 7.9 AHB BDAE – die gesetzliche Haftpflicht aus im Ausland vorkommenden Versicherungsfällen.
3.4.1	die weder durch Motoren oder Treibsätze angetrieben werden und	4.2.2	Mitversichert ist die gesetzliche Haftpflicht aus der vorübergehenden Benutzung oder Anmietung (nicht dem Eigentum) von im Ausland gelegenen Wohnungen und Häusern gemäß Ziffer 1.3.1 bis Ziffer 1.3.3 dieser Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen zur Haftpflichtversicherung für Privatpersonen.
3.4.2	deren Fluggewicht fünf Kilogramm (5 kg) nicht übersteigt und	4.2.3	Unsere Leistungen erfolgen in Euro. Soweit der Zahlungsort außerhalb der Staaten, die der Europäischen Währungsunion angehören, liegt, gelten unsere Verpflichtungen mit dem Zeitpunkt als erfüllt, in dem der Euro-Betrag bei einem in der Europäischen Währungsunion gelegenen Geldinstitut angewiesen ist.
3.4.3	für die keine Versicherungspflicht besteht.	4.2.4	Der Versicherungsschutz für vorübergehende Auslandsaufenthalte außerhalb Europas kann auf Antrag um weitere fünf Jahre verlängert werden. Die Prüfung und Annahme der Verlängerung obliegt dem Versicherer und muss mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des fünfjährigen außereuropäischen Auslandsaufenthaltes beim BDAE beantragt werden.
3.5	Wassersportfahrzeugen (auch Windsurfbretter), ausgenommen eigene Segelboote und eigene oder fremde Wassersportfahrzeuge mit Motoren – auch Hilfs- oder Außenbordmotoren – oder Treibsätzen. Mitversichert ist jedoch die Haftpflicht wegen Schäden, die entstehen durch	4.3	Sachschäden durch häusliche Abwässer und Abwässer aus dem Rückstau des Straßenkanals?
3.5.1	den Gebrauch eigener Windsurfgeräte;	4.3.1	Eingeschlossen sind – abweichend von Ziffer 7.14 (1) AHB BDAE – Haftpflichtansprüche wegen Sachschäden durch häusliche Abwässer, die im Gebäude selbst anfallen (keine industriellen oder gewerblichen Abwässer) und Haftpflichtansprüche wegen Sachschäden, die aus dem Rückstau des Straßenkanals auftreten.
3.5.2	den gelegentlichen und jeweils nur vorübergehenden Gebrauch von fremden Wassersportfahrzeugen mit Motoren (auch Segelbooten mit Hilfsmotor bis zu einer Segelfläche von höchstens 10 m ²), soweit für das Führen keine behördliche Erlaubnis erforderlich ist. Nutzungszeiträume von mehr als vier Wochen gelten nicht als vorübergehend. Nicht versichert bleibt der Gebrauch von Wassersportfahrzeugen, die von Ihnen oder versicherten Personen gehalten werden oder in Ihrem/deren Eigentum stehen. Nicht versichert sind Haftpflichtansprüche der Halter oder Eigentümer selbst und Ansprüche wegen Schäden an den Wassersportfahrzeugen/-geräten selbst. Anderweitig bestehende Versicherungen gehen diesem Versicherungsschutz vor.	4.3.2	Ausgeschlossen bleiben jedoch Schäden an Entwässerungsleitungen durch Verschmutzung und Verstopfung und alle sich daraus ergebenden Vermögensschäden.
		4.4	die Fortsetzung der Privathaftpflicht-Versicherung nach Ihrem Tod?
		4.4.1	Für Ihren mitversicherten Ehegatten oder Ihren eingetragenen Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes und/oder Ihre unverheirateten und nicht in einer eingetragenen Lebensgemeinschaft lebenden Kinder besteht der bedingungsgemäße Versicherungsschutz im Falle Ihres Todes bis zum nächsten Beitragshauptfälligkeitstermin fort.
		4.4.2	Wird die nächste Beitragsrechnung durch den überlebenden Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes eingelöst, so wird dieser Versicherungsnehmer.
		4.4.3	Diese Regelungen gelten auch für einen nach Ziffer 2.2 dieser Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen zur Haftpflichtversicherung für Privatpersonen (BDAE EXKLUSIV) mitversicherten Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft und dessen Kinder.
		4.5	die Begrenzung der Leistungen? Sofern nicht etwas anderes vereinbart wurde (z.B. innerhalb dieser Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen zur Haftpflichtversicherung für Privatpersonen), sind unsere Entschädigungsleistungen

	abweichend von Ziffer 6.2 AHB BDAE für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres auf das Dreifache der im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten Versicherungssummen begrenzt.		
4.6	die Mitversicherung von Vermögensschäden?	4.9	die Mitversicherung der Forderungsausfall-Deckung?
4.6.1	Mitversichert im Rahmen des Vertrages ist die gesetzliche Haftpflicht wegen Vermögensschäden im Sinne der Ziffer 2.1 AHB BDAE aus Schadenereignissen, die während der Wirksamkeit der Versicherung eingetreten sind.		Bei Ausfall von rechtskräftig ausgerichteten und vollstreckbaren Forderungen gegenüber Dritten gilt Folgendes:
4.6.2	Ausgeschlossen sind Haftpflichtansprüche aus	4.9.1	Wir gewähren Ihnen und der/den versicherten Person/en gemäß Ziffer 2.1.1 bis Ziffer 2.1.3 und Ziffer 2.2 dieser Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen zur Haftpflichtversicherung für Privatpersonen Versicherungsschutz für den Fall, dass eine versicherte Person während der Wirksamkeit der Versicherung von einem Dritten geschädigt wird und die daraus entstandenen Schadensersatzforderungen gegen den Schädiger nicht oder nicht vollständig durchgesetzt werden können. Inhalt und Umfang der Schadensersatzansprüche richten sich in entsprechender Anwendung nach dem Deckungsumfang der Privathaftpflichtversicherung dieses Vertrages. Darüber hinaus besteht Versicherungsschutz für Schadensersatzansprüche, denen ein vorsätzliches Handeln des Schädigers (des Dritten) zugrunde liegt und für Schadensersatzansprüche, die aus der Eigenschaft des Schädigers (Dritten) als Tierhalter oder -hüter entstanden sind.
4.6.2.1	Schäden, die durch von Ihnen (oder in Ihrem Auftrag oder für Ihre Rechnung von Dritten) hergestellte oder gelieferte Sachen oder geleistete Arbeiten entstehen;		Der Versicherungsschutz erstreckt sich nicht auf Verzugszinsen, Vertragsstrafen und Kosten der Rechtsverfolgung (z. B. Prozess- und Anwaltskosten), einschließlich der Kosten der Zwangsvollstreckung.
4.6.2.2	Schäden durch ständige Immissionen (z.B. Geräusche, Gerüche, Erschütterungen);		Nicht versichert sind Forderungsausfälle aus Schäden, die in ursächlichem Zusammenhang mit nuklearen und genetischen Schäden, Krieg, Aufruhr, inneren Unruhen, Streik, Aussperrung oder Erdbeben stehen.
4.6.2.3	planender, beratender, bau- oder montageleitender, prüfender oder gutachterlicher Tätigkeit;	4.9.2	Haftpflichtschaden im Sinne dieser Bedingungen ist das Schadenereignis, das den Tod, die Verletzung oder Gesundheitsschädigung von Menschen (Personenschaden) oder die Beschädigung oder Vernichtung von Sachen (Sachschaden) zur Folge hatte und für dessen Folgen Sie den Dritten aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts auf Schadensersatz in Anspruch genommen haben.
4.6.2.4	Tätigkeiten im Zusammenhang mit Geld-, Kredit-, Versicherungs-, Grundstücks-, Leasing- oder ähnlichen wirtschaftlichen Geschäften, aus Zahlungsvorgängen aller Art, aus Kassenführung sowie aus Untreue und Unterschlagung;	4.9.3	Dritter im Sinne dieser Bedingungen ist der Schadenverursacher, der ausweislich des rechtskräftig vollstreckbaren Urteils von Ihnen bzw. der/den mitversicherten Person/en wegen eines Haftpflichtschadens auf Leistung von Schadensersatz in Anspruch genommen wurde.
4.6.2.5	der Verletzung von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten sowie des Kartell- oder Wettbewerbsrechts;	4.9.4	Versicherungsschutz besteht im Rahmen der im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten Pauschaldeckungssumme, soweit die Schadensersatzforderung 2.500,- EUR oder mehr beträgt.
4.6.2.6	Nichteinhaltung von Fristen, Terminen und Kostenvorschlägen;	4.9.5	Sie erhalten die Entschädigungsleistung auf Antrag. Sie haben uns den Forderungsausfall unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Sie sind verpflichtet, wahrheitsgemäße und ausführliche Angaben zum Versicherungsfall zu machen und alle Tatumstände hierzu mitzuteilen. Wir sind berechtigt, weitere für die Beurteilung des Haftpflichtschadens erhebliche Schriftstücke von Ihnen zu verlangen.
4.6.2.7	Ratschlägen, Empfehlungen oder Weisungen an wirtschaftlich verbundene Unternehmen;	4.9.6	Bei Verstoß gegen die in Ziffer 4.9.5 genannten Obliegenheiten können Sie Ihren Versicherungsschutz nach Maßgabe von Ziffer 26.2 AHB BDAE verlieren.
4.6.2.8	Tätigkeiten im Zusammenhang mit Datenverarbeitung, Rationalisierung und Automatisierung, Auskunftserteilung, Übersetzung, Reisevermittlung und Reiseveranstaltung;	4.9.7	Unsere Leistungspflicht tritt ein, wenn Sie und/oder die mitversicherte/n Person/en gegen den Dritten vor einem Gericht eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder der außereuropäischen Gebiete, die zum Geltungsbereich des Vertrages über die Europäische Union gehören, ein rechtskräftig vollstreckbares Urteil wegen eines Haftpflichtschadens erstritten haben und Vollstreckungsversuche gescheitert sind.
4.6.2.9	vorsätzlichem Abweichen von gesetzlichen oder behördlichen Vorschriften, von Anweisungen oder Bedingungen des Auftraggebers oder aus sonstiger vorsätzlicher Pflichtverletzung;	4.9.7.1	Rechtskräftiges vollstreckbares Urteil im Sinne dieser Bedingungen ist auch ein Versäumnis- oder Anerkennungsurteil, ein Vollstreckungsbescheid, ein gerichtlich vollstreckbarer Vergleich oder ein notarielles Schuldanerkenntnis mit Unterwerfungsklausel, aus dem hervorgeht, dass sich der Dritte persönlich der sofortigen Zwangsvollstreckung in sein gesamtes Vermögen unterwirft.
4.6.2.10	Abhandenkommen von Sachen, auch z. B. von Geld, Wertpapieren und Wertsachen.	4.9.7.2	Vollstreckungsversuche sind gescheitert, wenn Sie nachweisen, dass eine Zwangsvollstreckung (Sach oder Forderungspfändung) nicht oder nicht zur vollen Befriedigung des Schadensersatzanspruchs geführt hat oder eine selbst teilweise Befriedigung wegen nachgewiesener Umstände aussichtslos erscheint, z. B. weil der Dritte die eidesstattliche Versicherung abgegeben hat oder in der örtlichen Schuldnerkartei des Amtsgerichts geführt wird.
4.6.3	Die Höchstersatzleistung ist je Schadenereignis auf die im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarte Vermögensschaden- bzw. Pauschaldeckungssumme begrenzt. Die Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres beträgt das Dreifache der vereinbarten Deckungssumme.	4.9.8	Zum Nachweis der gescheiterten Vollstreckung haben Sie uns das Vollstreckungsprotokoll eines Gerichtsvollziehers vorzulegen, aus dem sich die Erfolglosigkeit (Fruchtlosigkeit) der Zwangsvollstreckung ergibt, bzw., auf Verlangen, das örtliche Schuldnerverzeichnis des Amtsgerichts sowie eine beglaubigte Kopie des vollstreckbaren Urteils-Vollstreckungsbescheides bzw. des notariellen Schuldanerkenntnisses.
4.7	die Mitversicherung des Schlüsselverlustrisikos?	4.9.9	Wir sind zur Leistung nur verpflichtet, wenn der Nachweis der gescheiterten Vollstreckung erbracht ist.
4.7.1	Eingeschlossen ist – in Ergänzung von Ziffer 2.2 AHB BDAE und abweichend von Ziffer 7.6 AHB BDAE – Ihre gesetzliche Haftpflicht aus dem Abhandenkommen von fremden privaten Wohnungsschlüsseln und vom Arbeitgeber/Dienstherrn im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit überlassenen Schlüsseln (auch für General-/Hauptschlüssel für eine zentrale Schließanlage sowie für elektronische Zugangsberechtigungskarten), die sich rechtmäßig im Gewahrsam des Versicherten befunden haben. Der Versicherungsschutz umfasst die Kosten für die notwendige Auswechslung von Schlössern und Schließanlagen sowie vorübergehende Sicherungsmaßnahmen (Notschloss) und – falls erforderlich – einen Objektschutz bis zu 14 Tagen, gerechnet ab dem Zeitpunkt, an welchem der Verlust des Schlüssels festgestellt wurde.	4.9.10	Nicht versichert sind Ansprüche von Ihnen bzw. der versicherten Person/en, für die ein Sozialversicherungsträger bzw. Sozialhilfeträger leistungspflichtig ist sowie Regressansprüche eines Arbeitgebers.
4.7.2	Ausgeschlossen bleiben	4.9.11	Leistungen aus einer für Sie bzw. die versicherte/n Person/en bestehenden Schadenversicherung (z.B. Hausratversicherung) oder für den Dritten bestehenden Privathaftpflichtversicherung sind zunächst geltend zu machen. Decken die Leistungen aus jenen Verträgen Ihren Schadensersatzanspruch bzw. denjenigen der versicherten Person/en nicht ab, leisten wir nach der Maßgabe dieser Bedingungen den verbleibenden Restanspruch aus diesem Versicherungsvertrag.
4.7.2.1	Folgeschäden, die sich aus einem Schlüsselverlust ergeben (z.B. Einbruch);	4.9.12	Sie bzw. die versicherte/n Person/en sind verpflichtet, Ihre Ansprüche gegen den Dritten bei der Regulierung des Schadens in Höhe unserer
4.7.2.2	bei Wohnungseigentümern die Kosten für die Auswechslung der im Sondereigentum stehenden Schlösser und den Miteigentumsanteil an dem gemeinschaftlichen Eigentum (Eigenschaden); Versichert sind jedoch bei Sondereigentümern Haftpflichtansprüche der Gemeinschaft der Wohnungseigentümer, die wegen des Verlustes von Schlüsseln der im Gemeinschaftseigentum stehenden Schlösser bzw. Schließanlagen gegen den Versicherten erhoben werden.		
4.7.2.3	die Haftungen aus dem Verlust von Schlüsseln zu beweglichen Sachen (auch Tresor- und Möbelschlüssel);		
4.7.2.4	Schäden, die sich ergeben aus dem Verlust von Schlüsseln zu 1) Gebäuden, die der Versicherte im Ganzen für eigene – auch eigene gewerbliche, betriebliche oder freiberufliche – Zwecke nutzt oder besitzt (sonstige Eigenschäden); 2) Gebäuden, Wohnungen, Räumen oder Garagen, deren Betreuung (z. B. Verwaltung, Bewachung, Objektschutz, Reinigung) Gegenstand der gewerblichen, betrieblichen oder beruflichen Tätigkeit des Versicherten ist.		
4.7.3	Die Höchstersatzleistung ist im Rahmen der im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten Sachschaden- bzw. Pauschaldeckungssumme je Schadenereignis und Versicherungsjahr auf 30.000,- EUR begrenzt. Von jedem Schaden dieser Art haben Sie 500,- EUR selbst zu tragen (Selbstbeteiligung). Die Selbstbeteiligung erhöht sich um den Betrag einer gegebenenfalls im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten tariflichen Selbstbeteiligung. Für Schäden bis zur Höhe der Selbstbeteiligung bzw. der entsprechend erhöhten Selbstbeteiligung besteht keine Ersatzpflicht.		
4.8	die Vorsorgeversicherung? Abweichend von Ziffer 4.2 AHB BDAE gilt für die Vorsorgeversiche-		

- Entschädigungsleistung an uns abzutreten. Hierfür ist auf Verlangen eine gesonderte Abtretungserklärung abzugeben.
- 4.9.13 Dritte können aus diesem Vertrag keine Rechte herleiten.
- 4.10 die Mitversicherung von Schäden durch deliktsunfähige Kinder?
- 4.10.1 Schäden Dritter, die von deliktsunfähigen Kindern verursacht werden, sind im Rahmen der Privathaftpflicht-Versicherung mitversichert. Wir werden uns nicht auf eine Deliktsunfähigkeit von nach Ziffer 2.1.3 und nach Ziffer 2.2 in Verbindung mit Ziffer 2.1.3 dieser Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen zur Haftpflichtversicherung für Privatpersonen (BDAE EXKLUSIV) mitversicherten Kindern berufen, soweit Sie dies wünschen und ein anderer Versicherer (z.B. Sozialversicherungsträger) nicht leistungspflichtig ist. Eigenschäden Dritter, die die Aufsichtspflicht gegen Entgelt übernehmen, sind vom Versicherungsschutz ausgeschlossen. Wir behalten uns Rückgriffsansprüche (Regress) wegen unserer Aufwendungen gegen schadenersatzpflichtige Dritte (z.B. Aufsichtspflichtige), soweit sie nicht Versicherte dieses Vertrages sind, vor.
- 4.10.2 die Höchstersatzleistung ist im Rahmen der im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten Pauschaldeckungssumme je Schadenereignis und Versicherungsjahr auf 30.000,- EUR begrenzt.
Von jedem Schaden dieser Art haben Sie 150,- EUR selbst zu tragen (Selbstbeteiligung). Die Selbstbeteiligung erhöht sich um den Betrag einer gegebenenfalls im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten tariflichen Selbstbeteiligung. Für Schäden bis zur Höhe der Selbstbeteiligung bzw. der entsprechend erhöhten Selbstbeteiligung besteht keine Ersatzpflicht.
- 4.11 die Mitversicherung von Schäden aus der Tätigkeit als Tages-mutter/ Tageseltern/Leihoma?
- 4.11.1 Versichert ist die gesetzliche Haftpflicht aus der Tätigkeit als Tagesmutter/Tageseltern oder Leihoma, insbesondere aus der Beaufsichtigung von bis zu sechs tagsüber zur Betreuung übernommenen minderjährigen Kindern im eigenen Haushalt oder im Haushalt der betreuten Kinder, auch außerhalb der Wohnung, z. B. bei Spielen, Ausflügen usw.
- 4.11.2 Voraussetzungen sind, dass der Verdienst aus einer entgeltlichen Tätigkeit als Tagesmutter/Tageseltern/Leihoma die Geringfügigkeitsgrenze der Sozialversicherung nicht übersteigt und dass eine berufsmäßige Ausübung dieser Tätigkeit nicht in Betrieben und Institutionen, z.B. Kindergärten, -horten oder -tagesstätten erfolgt.
- 4.11.3 Mitversichert sind gesetzliche Haftpflichtansprüche der Kinder bzw. ihrer Erziehungsberechtigten für Schäden, die die zu betreuenden Kinder erleiden.
- 4.11.4 Nicht versichert sind die persönliche gesetzliche Haftpflicht der Kinder sowie die Haftpflicht wegen Abhandenkommens von Sachen (insbesondere der Verlust von Geld) der zu betreuenden Kinder.
- 4.12 die Mitversicherung von Schäden aus der Teilnahme an fachpraktischem Unterricht bzw. aus der Teilnahme an Praktika?
- 4.12.1 Bei Teilnahme an fachpraktischem Unterricht, wie z.B. Laborarbeiten, auf dem Gelände einer Fach-, Gesamt-, Hochschule, einer Universität oder einer Fach- oder Berufsakademie im Sinne des jeweiligen Landesgesetzes gelten Sachschäden an Lehrgeräten (auch Maschinen) der Fach-, Gesamt-, Hochschule, der Universität oder der Fach-/Berufsakademie mitversichert.
- 4.12.2 Mitversichert gelten auch Regressansprüche des Arbeitgebers aus einer Tätigkeit der versicherten Person im Rahmen eines Praktikums wegen eines Sachschadens infolge Fahrlässigkeit. Kein Versicherungsschutz besteht für vorsätzlich herbeigeführte Schäden.
- 4.12.3 Die Höchstersatzleistung ist im Rahmen der im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten Sachschaden- bzw. Pauschaldeckungssumme je Schadenereignis und Versicherungsjahr auf 10.000,- EUR begrenzt.
Von jedem Schaden dieser Art haben Sie 125,- EUR selbst zu tragen (Selbstbeteiligung). Die Selbstbeteiligung erhöht sich um den Betrag einer gegebenenfalls im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten tariflichen Selbstbeteiligung. Für Schäden bis zur Höhe der Selbstbeteiligung bzw. des entsprechend erhöhten Selbstbeteiligung besteht keine Ersatzpflicht.
- 4.13 die Mitversicherung von Schäden aus dem Gefälligkeitsverhältnis?
- 4.13.1 Mitversichert ist die gesetzliche Haftpflicht aus Gefälligkeitshandlungen. Wir werden bei Personen- und Sachschäden aus einer Gefälligkeitshandlung gegenüber dem Geschädigten keinen Haftungsverzicht für einfache Fahrlässigkeit einwenden, soweit kein anderer Versicherer leistungspflichtig ist. Dies gilt nicht bei Schadenfällen, die sich bei Gefälligkeitshandlungen im Zusammenhang mit Umzügen (Umzugshilfe) ereignen.
- 4.13.2 Die Höchstersatzleistung ist im Rahmen der im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten Pauschaldeckungssumme je Schadenereignis und Versicherungsjahr auf 30.000,- EUR begrenzt.
- 4.14 die Mitversicherung von Schäden aus der Beschädigung fremder gemieteter, geliehener oder gepachteter Sachen?
- 4.14.1 Eingeschlossen ist abweichend von Ziffer 7.6 AHB BDAE die gesetzliche Haftpflicht aus der Beschädigung von fremden Sachen, auch wenn diese zu privaten Zwecken gemietet, gepachtet oder geliehen wurden.
- 4.14.2 Ausgeschlossen sind Haftpflichtansprüche wegen
- 4.14.2.1 Schäden an Sachen, die Ihnen oder Mitversicherten für mehr als drei Monate überlassen wurden oder deren Überlassung für einen Zeitraum von mehr als drei Monaten geplant war, gleichgültig wie lange die Überlassung dann tatsächlich andauert;
- 4.14.2.2 Schäden an Sachen, die Ihrer beruflichen, betrieblichen oder gewerblichen Nutzung dienen oder der Mitversicherter;
- 4.14.2.3 Abnutzung, Verschleißes und übermäßiger Beanspruchung;
- 4.14.2.4 Glasschäden, soweit Sie sich hiergegen besonders versichern können;
- 4.14.2.5 Schäden an Schmuck- und/oder Wertsachen, Urkunden, Geld oder Wertpapieren;
- 4.14.2.6 Schäden durch Abhandenkommen (Verlust);
- 4.14.2.7 Vermögensfolgeschäden;
- 4.14.2.8 Schäden an Land-, Luft- (auch Raum-) und Wasserfahrzeugen aller Art.
- 4.14.3 Die Höchstersatzleistung ist im Rahmen der im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten Sachschaden- bzw. Pauschaldeckungssumme je Schadenereignis und Versicherungsjahr auf 3.000,- EUR begrenzt.
Von jedem Schaden dieser Art haben Sie 500,- EUR selbst zu tragen (Selbstbeteiligung). Die Selbstbeteiligung erhöht sich um den Betrag einer gegebenenfalls im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten tariflichen Selbstbeteiligung. Für Schäden bis zur Höhe der Selbstbeteiligung bzw. des entsprechend erhöhten Selbstbeteiligung besteht keine Ersatzpflicht.
- 4.15 die Mitversicherung von Schäden aus einem Ehrenamt?
- 4.15.1 Eingeschlossen ist die gesetzliche Haftpflicht aus Schäden, die bei der Ausübung eines Ehrenamtes entstehen. Ehrenamtlich ist eine Tätigkeit dann, wenn sie freiwillig, unentgeltlich und kontinuierlich für andere Menschen oder Institutionen (z.B. Vereine) in einem organisatorisch festgelegten Rahmen durchgeführt wird.
- 4.15.2 Sofern Versicherungsleistung von einer anderen Versicherung (z.B. Sozialversicherungsträger) erlangt werden kann, entfällt unsere Eintrittspflicht.
- 4.15.3 Ausgeschlossen vom Versicherungsschutz sind Ehrenämter, bei denen öffentliche Funktionen ausgeübt werden (z. B. Gemeinderat, Schöffe bei Gericht) oder die nach den einschlägigen Gesetzen als Ehrenamt bezeichnet werden (z. B. Betriebsrat). Kein Versicherungsschutz besteht auch für ehrenamtlich Tätige, die in Institutionen eine leitende oder verantwortliche Stellung einnehmen.
- 4.15.4 Die Höchstersatzleistung ist im Rahmen der im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten Sachschaden- bzw. Pauschaldeckungssumme je Schadenereignis und Versicherungsjahr auf 30.000,- EUR begrenzt.
Von jedem Schaden dieser Art haben Sie 500,- EUR selbst zu tragen (Selbstbeteiligung). Die Selbstbeteiligung erhöht sich um den Betrag einer gegebenenfalls im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten tariflichen Selbstbeteiligung. Für Schäden bis zur Höhe der Selbstbeteiligung bzw. des entsprechend erhöhten Selbstbeteiligung besteht keine Ersatzpflicht.
- 4.16 die Mitversicherung von Kautionsleistungen bei Schäden aufgrund gesetzlicher Haftpflicht im europäischen Ausland?
- 4.16.1 Haben Sie bei einem Versicherungsfall innerhalb Europas und in den außereuropäischen Gebieten, die zum Geltungsbereich des Vertrages über die Europäische Union gehören, durch behördliche Anordnung eine Kautionsleistung zur Sicherstellung von Leistungen aufgrund Ihrer gesetzlichen Haftpflicht zu hinterlegen, stellen wir Ihnen den erforderlichen Betrag in der vereinbarten Höhe zur Verfügung. Abweichend von Ziffer 7.9 AHB BDAE ergibt sich die zeitliche und örtliche Geltung des Versicherungsschutzes im europäischen Ausland und den außereuropäischen Gebieten, die zum Geltungsbereich des Vertrages über die Europäische Union gehören, aus Ziffer 4.2 dieser Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen zur Haftpflichtversicherung für Privatpersonen (BDAE EXKLUSIV).
- 4.16.2 Der Kautionsbetrag wird auf eine von uns zu leistende Schadensersatzleistung angerechnet. Ist die Kautionsleistung höher als der zu leistende Schadensersatz, sind Sie verpflichtet, den Differenzbetrag zurückzuzahlen. Das Gleiche gilt, wenn die Kautionsleistung als Strafe, Geldbuße oder für die Durchsetzung nicht versicherter Schadensersatzforderungen einbehalten wird oder die Kautionsleistung verfallen ist.
- 4.16.3 Die Höchstersatzleistung ist im Rahmen der im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten Sachschaden- bzw. Pauschaldeckungssumme je Schadenereignis und Versicherungsjahr auf 50.000,- EUR begrenzt.
- 4.17 Abweichungen gegenüber den AHB-Musterbedingungen des GDV?
Wir garantieren, dass die diesem Privathaftpflichtversicherungsvertrag zugrunde liegenden Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung (AHB BDAE) während der Wirksamkeit des Vertrages ausschließlich zu Ihrem Vorteil von den durch den Gesamtverband der Versicherungswirtschaft (GDV) empfohlenen Bedingungen (Stand 10/2010) abweichen.
- 4.18 künftige Bedingungsverbesserungen?
Werden die diesem Privathaftpflichtversicherungsvertrag zugrunde liegenden Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung (AHB BDAE) während der Wirksamkeit des Vertrages von uns ausschließlich zu Ihrem Vorteil geändert und in einem Tarif ohne Mehrbeitrag angeboten, so gelten die geänderten Bedingungen ohne besondere Vereinbarung auch für diesen Vertrag.

4.19	Öffentlich-rechtliche Pflichten oder Ansprüche zur Sanierung von Umweltschäden gem. Umweltschadengesetz (USchadG)?		
4.19.1	Mitversichert sind, abweichend von Ziffer 1.1 AHB BDAE, öffentlich-rechtliche Pflichten oder Ansprüche zur Sanierung von Umweltschäden gemäß Umweltschadengesetz (USchadG), soweit während der Wirksamkeit des Versicherungsvertrages - die schadenverursachenden Emissionen plötzlich, unfallartig und bestimmungswidrig in die Umwelt gelangt sind oder - die sonstige Schadenverursachung plötzlich, unfallartig und bestimmungswidrig erfolgt ist. Auch ohne Vorliegen einer solchen Schadenverursachung besteht Versicherungsschutz für Umweltschäden durch Lagerung, Verwendung oder anderen Umgang von oder mit Erzeugnissen Dritter ausschließlich dann, wenn der Umweltschaden auf einen Konstruktions-, Produktions- oder Instruktionsfehler dieser Erzeugnisse zurückzuführen ist. Jedoch besteht kein Versicherungsschutz, wenn der Fehler im Zeitpunkt des Inverkehrbringens der Erzeugnisse nach dem Stand von Wissenschaft und Technik nicht hätte erkannt werden können (Entwicklungsrisiko). Umweltschaden ist eine - Schädigung von geschützten Arten und natürlichen Lebensräumen, - Schädigung der Gewässer einschließlich Grundwasser, - Schädigung des Bodens. Mitversichert sind, teilweise abweichend von Ziffer 7.6 AHB BDAE, Pflichten oder Ansprüche wegen Umweltschäden an eigenen, gemieteten, geleasten oder geliehenen Grundstücken, soweit diese Grundstücke vom Versicherungsschutz dieses Vertrages erfasst sind.	5.3	Nicht gedeckt sind Haftpflichtansprüche gegen die Personen (Sie oder jeden Mitversicherten), die den Schaden durch vorsätzliches Abweichen von dem Gewässerschutz dienenden Gesetzen, Verordnungen, an Sie gerichteten behördlichen Anordnungen oder Verfügungen herbeigeführt haben.
4.19.2	Nicht versichert sind	5.4	Der Versicherungsschutz bezieht sich nicht auf Haftpflichtansprüche wegen Schäden, die mittelbar oder unmittelbar auf Kriegsereignissen, anderen feindseligen Handlungen, Aufruhr, inneren Unruhen, Generalstreik (in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem Bundesland) oder unmittelbar auf Verfügungen oder Maßnahmen von hoher Hand beruhen. Das Gleiche gilt für Schäden durch höhere Gewalt, soweit sich elementare Naturkräfte ausgewirkt haben.
4.19.2.1	Pflichten oder Ansprüche soweit sich diese gegen Personen (Sie oder eine mitversicherte Person) richten, die den Schaden dadurch verursacht haben, dass sie bewusst von Gesetzen, Verordnungen oder an Sie gerichtete behördliche Anordnungen oder Verfügungen, die dem Umweltschutz dienen, abweichen.	5.5	Kleingebinde bis 50 l/kg je Einzelgebäude und mit einem Gesamtfassungsvermögen der vorhandenen Kleingebinde bis 500 l/kg gelten nicht als Anlagen. Überschreiten die Kleingebinde dieses Einzel- oder Gesamtfassungsvermögen, erlischt abweichend von Ziffer 3.1 (2) AHB BDAE die Mitversicherung der gesetzlichen Haftpflicht aus der Lagerung und Verwendung gewässerschädlicher Stoffe vollständig. Die Bestimmungen der Ziffer 3.1 (3) AHB BDAE und der Ziffer 4 AHB BDAE – Vorsorgeversicherung – finden keine Anwendung. Der Versicherungsschutz bedarf insoweit besonderer Vereinbarung (für diese Fälle werden gesonderte Versicherungsbedingungen zugrunde gelegt, vgl. Ziffer 6).
4.19.2.2	Pflichten oder Ansprüche wegen Schäden a) die durch unvermeidbare, notwendige oder in Kauf genommene Einwirkungen auf die Umwelt entstehen. b) für die Sie aus einem anderen Versicherungsvertrag (z.B. Gewässerschadenhaftpflichtversicherung) Versicherungsschutz haben oder hätten erlangen können.	5.6	Die Höchstersatzleistung für die Mitversicherung der gesetzlichen Haftpflicht aus Gewässerschäden (außer Anlagenrisiko) ist im Rahmen der im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten Pauschaldeckungssumme je Schadenereignis und Versicherungsjahr auf 3.000.000,- EUR begrenzt. Sofern im Versicherungsschein und seinen Nachträgen eine abweichende Höchstersatzleistung festgesetzt ist, gilt diese.
4.19.2.3	Die Höchstersatzleistung ist im Rahmen der im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten Sachschaden- bzw. Pauschaldeckungssumme je Schadenereignis auf 3.000.000,- EUR begrenzt. Die Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres beträgt das Einfache dieser Höchstersatzleistung.	6.	Zusatzbedingungen zur Haftpflichtversicherung für Privatpersonen (BDAE EXKLUSIV) für die Haftpflicht aus Gewässerschäden (Anlagenrisiko)
4.19.3	Ausland Versichert sind abweichend von Ziffer 7.9 AHB BDAE im Umfang dieses Versicherungsvertrages im Geltungsbereich der EU-Umwelthaftungsrichtlinie (2004/35/EG) eintretende Versicherungsfälle. Versicherungsschutz besteht insoweit abweichend von Ziffer 7.9 AHB BDAE auch für Pflichten und Ansprüche gem. nationalen Umsetzungsgesetzen anderer EU-Mitgliedstaaten, sofern diese Pflichten oder Ansprüche den Umfang der o. g. EU-Richtlinie (2004/35/EG) nicht überschreiten.	6.1	Gegenstand der Versicherung
5.	Besondere Bedingungen für die Versicherung der Haftpflicht aus Gewässerschäden (außer Anlagenrisiko): Mitversicherung im Rahmen der Haftpflichtversicherung für Privatpersonen (BDAE EXKLUSIV)	6.1.1	Versichert ist Ihre gesetzliche Haftpflicht als Inhaber
5.1	Der Versicherungsschutz umfasst im Umfang des Vertrages, wobei Vermögensschäden wie Sachschäden behandelt werden, Ihre gesetzliche Haftpflicht für mittelbare oder unmittelbare Folgen von Veränderungen der physikalischen, chemischen oder biologischen Beschaffenheit eines Gewässers einschließlich des Grundwassers (Gewässerschäden) mit Ausnahme der Haftpflicht als Inhaber von Anlagen zur Lagerung von gewässerschädlichen Stoffen und aus der Verwendung dieser gelagerten Stoffe. Der Versicherungsschutz hierfür bedarf insoweit besonderer Vereinbarung (für diese Fälle werden gesonderte Versicherungsbedingungen zugrunde gelegt, vgl. Ziffer 6).	6.1.1.1	eines oberirdischen Heizöltanks im von Ihnen selbst genutzten Anwesen (Risikoanschrift) mit einem Einzelfassungsvermögen von maximal 5.000 l/kg. Alle anderen und/oder über die vorstehend genannten Merkmale hinaus gehenden Anlagen sind nur versichert, wenn sie im Versicherungsschein und seinen Nachträgen aufgeführt und mit einem Tarifbeitrag versehen sind. Es erlischt dann abweichend von Ziffer 3.1 (2) AHB BDAE die Mitversicherung der gesetzlichen Haftpflicht aus der Lagerung und Verwendung gewässerschädlicher Stoffe vollständig. Die Bestimmungen der Ziffer 3.1 (3) AHB BDAE und der Ziffer 4 AHB BDAE – Vorsorgeversicherung – finden keine Anwendung. Der Versicherungsschutz hierfür bedarf insoweit besonderer Vereinbarung, vgl. Ziffer 6.1.1.2.
5.2	Für Rettungskosten und außergerichtliche Gutachterkosten gilt:	6.1.1.2	der im Versicherungsschein und seinen Nachträgen angegebenen Anlagen zur Lagerung von gewässerschädlichen Stoffen und aus der Verwendung dieser dort gelagerten Stoffe für unmittelbare oder mittelbare Folgen (Personen-, Sach- und Vermögensschäden) von Veränderungen der physikalischen, chemischen oder biologischen Beschaffenheit eines Gewässers einschließlich des Grundwassers (Gewässerschäden).
5.2.1	Aufwendungen, auch erfolglose, die Sie im Versicherungsfall zur Abwendung oder Minderung des Schadens für geboten halten durften (Rettungskosten), sowie außergerichtliche Gutachterkosten, werden von uns insoweit übernommen, als sie zusammen mit der Entschädigungsleistung die Versicherungssumme für Sachschäden nicht übersteigen. Für Gerichts- und Anwaltskosten bleibt es bei der Regelung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung (AHB BDAE).	6.1.2	Soweit im Versicherungsschein und seinen Nachträgen sowie im Folgenden nichts anderes bestimmt ist, finden die Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung (AHB BDAE) Anwendung.
5.2.2	Auf unsere Weisung aufgewendete Rettungs- und außergerichtliche Gutachterkosten sind auch insoweit zu ersetzen, als sie zusammen mit der Entschädigung die Versicherungssumme für Sachschäden übersteigen. Unsere Billigung von Maßnahmen, die Sie oder Dritte zur Abwendung oder Minderung des Schadens ergriffen haben, gilt ausdrücklich nicht als unsere Weisung.	6.1.3	Mitversichert sind die Personen, die Sie durch Arbeitsvertrag mit der Verwaltung, Reinigung, Beleuchtung und sonstigen Betreuung der Grundstücke beauftragt haben für den Fall, dass sie aus Anlass dieser Verrichtung in Anspruch genommen werden. Das Gleiche gilt für Personen, die diese Tätigkeit gefälligkeitshalber durchführen. Ausgeschlossen sind Haftpflichtansprüche aus Personenschäden, bei denen es sich um Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten in Ihrem Betrieb nach dem Sozialgesetzbuch VII handelt. Das Gleiche gilt für solche Dienstunfälle gemäß den beamtenrechtlichen Vorschriften, die in Ausübung oder infolge des Dienstes Angehörigen derselben Dienststelle zugefügt werden.
5.2.3	Rettungskosten entstehen bereits dann, wenn der Eintritt des Schadenereignisses ohne Einleitung von Rettungsmaßnahmen als unvermeid-	6.1.4	Voraussetzung für den Versicherungsschutz ist, dass Sie Prüfungen nach Maßgabe gültiger gesetzlicher Vorschriften regelmäßig durchführen lassen und dabei festgestellte Mängel unverzüglich beseitigen lassen (siehe hierzu auch Ziffer 6.4 dieser Zusatzbedingungen für die Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung (Anlagenrisiko)).

6.2	<p>Versicherungsleistungen</p> <p>Der Versicherungsschutz wird im Rahmen der Einheitsdeckungssumme von 3.000.000,- EUR (gleichgültig, ob Personen-, Sach- oder Vermögensschäden) je Schadeneignis gewährt. Die Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres (Personen-, Sach- und Vermögensschäden) beträgt das Doppelte dieser Einheitsdeckungssumme.</p>	6.9.2.3	<p>planender, beratender, bau- oder montageleitender, prüfender oder gutachterlicher Tätigkeit;</p>
6.3	<p>Rettungskosten</p>	6.9.2.4	<p>Tätigkeiten im Zusammenhang mit Geld-, Kredit-, Versicherungs-, Grundstücks-, Leasing- oder ähnlichen wirtschaftlichen Geschäften, aus Zahlungsvorgängen aller Art, aus Kassenführung sowie aus Untreue und Unterschlagung;</p>
6.3.1	<p>Aufwendungen, auch erfolglose, die Sie im Versicherungsfall zur Abwendung oder Minderung des Schadens für geboten halten durften (Rettungskosten), sowie außergerichtliche Gutachterkosten werden von uns insoweit übernommen, als sie zusammen mit der Entschädigungsleistung die Deckungssumme nicht übersteigen. Für Gerichts- und Anwaltskosten bleibt es bei der Regelung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung (AHB BDAE).</p>	6.9.2.5	<p>der Verletzung von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten sowie des Kartell- oder Wettbewerbsrechts;</p>
6.3.2	<p>Auf unsere Weisung aufgewendete Rettungs- und außergerichtliche Gutachterkosten sind auch insoweit zu ersetzen, als sie zusammen mit der Entschädigung die Deckungssumme übersteigen. Unsere Billigung von Maßnahmen, die Sie oder Dritte zur Abwendung oder Minderung des Schadens ergreifen, gilt ausdrücklich nicht als unsere Weisung.</p>	6.9.2.6	<p>Nichteinhaltung von Fristen, Terminen und Kostenvoranschlägen;</p>
6.4	<p>Vorsätzliche Verstöße</p> <p>Ausgeschlossen sind Haftpflichtansprüche gegen die Personen (Sie oder jeden Mitversicherten), die den Schaden durch vorsätzliches Abweichen von den Gewässerschutz dienenden Gesetzen, Verordnungen, an Sie gerichteten behördlichen Anordnungen oder Verfügungen herbeigeführt haben.</p>	6.9.2.7	<p>Ratschlägen, Empfehlungen oder Weisungen an wirtschaftlich verbundene Unternehmen;</p>
6.5	<p>Vorsorgeversicherung</p> <p>Die Bestimmungen der Ziffer 3.1 (3) AHB BDAE und der Ziffer 4 AHB BDAE – Vorsorgeversicherung – finden keine Anwendung.</p>	6.9.2.8	<p>Tätigkeiten im Zusammenhang mit Datenverarbeitung, Rationalisierung und Automatisierung, Auskunftserteilung, Übersetzung, Reisevermittlung und Reiseveranstaltung;</p>
6.6	<p>Gemeingefahren</p> <p>Ausgeschlossen sind Haftpflichtansprüche wegen Schäden, die unmittelbar oder mittelbar auf Kriegsereignissen, anderen feindseligen Handlungen, Aufruhr, inneren Unruhen, Generalstreik (in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem Bundesland) oder unmittelbar auf Verfügungen oder Maßnahmen von hoher Hand beruhen. Das Gleiche gilt für Schäden durch höhere Gewalt, soweit sich elementare Naturkräfte ausgewirkt haben.</p>	6.9.2.9	<p>vorsätzlichem Abweichen von gesetzlichen oder behördlichen Vorschriften, von Anweisungen oder Bedingungen des Auftraggebers oder aus sonstiger vorsätzlicher Pflichtverletzung;</p>
6.7	<p>Eingeschlossene Schäden</p>	6.9.2.10	<p>Abhandenkommen von Sachen, auch z.B. von Geld, Wertpapieren und Wertsachen.</p>
6.7.1	<p>Eingeschlossen sind abweichend von Ziffer 1.1 AHB BDAE, Ziffer 2 AHB BDAE, Ziffer 3 AHB BDAE und Ziffer 21 AHB BDAE – auch ohne dass ein Gewässerschaden droht oder eintritt – Schäden an Ihren unbeweglichen Sachen, die dadurch verursacht werden, dass die gewässerschädlichen Stoffe bestimmungswidrig aus der Anlage nach Ziffer 6.1.1 dieser Zusatzbedingungen für die Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung (Anlagenrisiko) ausgetreten sind. Wir ersetzen die Aufwendungen zur Wiederherstellung des Zustandes, wie er vor Eintritt des Schadens bestand. Eintretende Wertverbesserungen sind abzuziehen.</p>	6.10	<p>Erläuterungen zur Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung</p>
6.7.2	<p>Ausgeschlossen bleiben Schäden</p>	6.10.1	<p>Die Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung bezieht sich nicht nur auf die Haftpflicht aus § 22 des Wasserhaushaltsgesetzes, sondern auch auf alle anderen gesetzlichen Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts.</p>
6.7.2.1	<p>an der Anlage nach Ziffer 6.1.1 dieser Zusatzbedingungen für die Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung (Anlagenrisiko) selbst;</p>	6.10.2	<p>Nicht zum versicherten Risiko gehört, was nicht ausdrücklich im Antrag angegeben ist, oder nach Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen und Zusatzbedingungen mitversichert gilt.</p>
6.7.2.2	<p>aufgrund vorsätzlicher Verstöße nach Ziffer 6.4 dieser Zusatzbedingungen für die Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung (Anlagenrisiko);</p>	6.10.3	<p>Rettungskosten im Sinne von Ziffer 6.3 dieser Zusatzbedingungen für die Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung (Anlagenrisiko) entstehen bereits dann, wenn der Eintritt des Schadeneignisses ohne Einleitung von Rettungsmaßnahmen als unvermeidbar angesehen werden durfte. Für die Erstattung von Rettungskosten ist es unerheblich, aus welchem Rechtsgrund (öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich) Sie zur Zahlung dieser Kosten verpflichtet sind. Rettungskosten sind auch Aufwendungen zur Wiederherstellung des Zustandes von Grundstücks- und Gebäudeteilen – auch soweit Sie Eigentümer sind –, wie er vor Beginn der Rettungsmaßnahmen bestand. Eintretende Wertverbesserungen oder Kosten, die zur Erhaltung, Reparatur oder Erneuerung der Anlage selbst ohnehin entstanden wären, sind abzuziehen.</p>
6.7.2.3	<p>aufgrund von Gemeingefahren nach Ziffer 6.6 dieser Zusatzbedingungen für die Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung (Anlagenrisiko);</p>	7.	<p>Besondere Vertragsformen</p> <p>Sofern die entsprechende Vertragsform im Versicherungsschein und seinen Nachträgen ausdrücklich vereinbart und dokumentiert ist, gilt für die</p>
6.7.2.4	<p>durch Naturereignisse (z.B. Überschwemmungen).</p>	7.1	<p>Single-Versicherung</p>
6.7.3	<p>Von jedem Schaden haben Sie 250,- EUR selbst zu tragen (Selbstbeteiligung). Die Selbstbeteiligung erhöht sich um den Betrag einer gegebenenfalls im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten tariflichen Selbstbeteiligung. Für Schäden bis zur Höhe der Selbstbeteiligung bzw. des entsprechend erhöhten Selbstbeteiligung besteht keine Ersatzpflicht.</p>	7.1.1	<p>Es entfallen folgende Bestimmungen dieser Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen zur Haftpflichtversicherung für Privatpersonen (BDAE EXKLUSIV):</p>
6.8	<p>Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeug-Anhänger, Luft- (auch Raum-) und Wasserfahrzeuge</p> <p>Nicht versichert ist die Haftpflicht des Eigentümers, Besitzers, Halters oder Führers eines Kraft-, Luft- (auch Raum-) oder Wasserfahrzeugs sowie eines Kraftfahrzeug-Anhängers wegen Schäden, die durch den Gebrauch des Fahrzeugs/Anhängers verursacht werden.</p> <p>Besteht nach diesen Bestimmungen für einen Versicherten (Sie oder einen Mitversicherten) kein Versicherungsschutz, so gilt das auch für alle Versicherten.</p>	7.1.1.1	<p>Ziffer 1.1 (Familien-/Haushaltsvorstand)</p>
6.9	<p>Vermögensschäden</p>	7.1.1.2	<p>Ziffer 2.1 und Ziffer 2.2 (Mitversicherte Personen)</p>
6.9.1	<p>Mitversichert im Rahmen des Vertrages ist die gesetzliche Haftpflicht wegen Vermögensschäden im Sinne der Ziffer 2.1 AHB BDAE aus Schadenereignissen, die während der Wirksamkeit der Versicherung eingetreten sind.</p>	7.1.1.3	<p>Ziffer 4.4 (Fortsetzung der Privathaftpflichtversicherung im Todesfall).</p>
6.9.2	<p>Ausgeschlossen sind Haftpflichtansprüche aus</p>	7.1.2	<p>Änderungen des Familienstandes müssen Sie uns mitteilen.</p>
6.9.2.1	<p>Schäden, die durch von Ihnen (oder in Ihrem Auftrag oder für Ihre Rechnung von Dritten) hergestellte oder gelieferte Sachen oder geleistete Arbeiten entstehen;</p>	7.1.2.1	<p>Heiraten Sie, erweitert sich der Versicherungsschutz auf die in Ziffer 2.1.1, Ziffer 2.1.3, Ziffer 2.1.4 und Ziffer 2.1.5 dieser Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen für die Haftpflichtversicherungen für Privatpersonen (BDAE EXKLUSIV) genannten Personen, wenn uns die Eheschließung innerhalb eines Monats angezeigt wird.</p>
6.9.2.2	<p>Schäden durch ständige Immissionen (z.B. Geräusche, Gerüche, Erschütterungen);</p>	7.1.2.2	<p>Für die Eintragung einer Lebenspartnerschaft in Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes gilt die Erweiterung des Versicherungsschutzes auf die in Ziffer 2.1.2, Ziffer 2.1.3, Ziffer 2.1.4 und Ziffer 2.1.5 dieser Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen für die Haftpflichtversicherung für Privatpersonen genannten Personen entsprechend, sofern uns die Eintragung der Lebenspartnerschaft binnen eines Monats angezeigt wird.</p>
		7.1.2.3	<p>Eine Erweiterung des Versicherungsschutzes auf die in Ziffer 2.2 dieser Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen für die Haftpflichtversicherung für Privatpersonen (BDAE EXKLUSIV) genannten Personen infolge Aufnahme einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft bedarf einer ausdrücklichen Vereinbarung mit uns.</p>
		7.1.3	<p>Für die jeweils mitversicherten Personen ist ab Versicherungsbeginn der im zu diesem Zeitpunkt gültigen Tarif hierfür vorgesehene Beitrag zu zahlen.</p>
		8.	<p>Generelle Selbstbeteiligung</p> <p>Bei jedem Schaden haben Sie 150,- EUR selbst zu tragen.</p> <p>Sofern für mitversicherte Risiken eine separate Selbstbeteiligung vereinbart ist, so gilt diese generelle Selbstbeteiligung zusätzlich, d.h. es werden alle vereinbarten Selbstbeteiligungen in Anrechnung gebracht. Für Schäden bis zur Höhe der Selbstbeteiligung bzw. der erhöhten Selbstbeteiligung besteht keine Ersatzpflicht.</p>

ERLÄUTERUNGEN

über die rechtlichen Besonderheiten einer Gruppenversicherung und zu den Pflichten nach dem Versicherungsvertragsgesetz (VVG)

Die Besonderheiten eines Gruppenversicherungsvertrages

Der Versicherungsschutz wird im Rahmen eines Gruppenversicherungsvertrages (GV) gewährt. Versicherungsnehmerin ist ein Unternehmen der BDAE-Gruppe (BDAE), Versicherer ist ein nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) zum Geschäftsbetrieb in Deutschland zugelassener Versicherer. Die versicherte Person erhält Versicherungsschutz durch den Beitritt zur Gruppe. Das VVG gilt damit nicht direkt und unmittelbar für das Verhältnis zwischen der Versicherungsnehmerin und der versicherten Person.

Allerdings werden die im Folgenden näher beschriebenen Regeln aus dem VVG, insbesondere die §§ 19 bis 22, im Rechtsverhältnis zwischen der versicherten Person und der Versicherungsnehmerin (BDAE) angewandt, was Sie durch Ihre Unterschrift bestätigen.

Der GV sieht entsprechend den Vorgaben der Aufsichtsbehörde einige Verbesserungen der rechtlichen Situation der versicherten Person vor:

- Abweichend von § 44, Abs. 2 VVG hat die versicherte Person die Möglichkeit, Ansprüche direkt beim Versicherer des GV geltend zu machen.
- Abweichend von § 35 VVG kann der Versicherer nicht mit Forderungen aufrechnen, die nicht der versicherten Person zuzurechnen sind.
- Der versicherten Person werden alle nach § 7 VVG und der WG-Info-VO üblichen Informationen übermittelt.
- Die versicherte Person wird bei einer Änderung, auch Kündigung, des GV rechtzeitig unterrichtet.
- Die versicherte Person hat ein dem VVG ähnliches Widerrufsrecht.
- Für die versicherten Personen gilt der Gleichbehandlungsgrundsatz des § 138, Abs. 2 VAG.

Nach den gleichen Vorgaben der Aufsichtsbehörde gelten bestimmte Obliegenheiten auch für die versicherten Personen, insbesondere ist die Kenntnis der versicherten Person und ihr Verhalten für die die Leistungsverpflichtung zu berücksichtigen:

§ 19 Abs. 5 VVG - Folgen einer Verletzung der gesetzlichen Anzeigepflicht

Damit BDAE Ihren Antrag ordnungsgemäß prüfen kann, ist es notwendig, dass Sie die in den Antragsunterlagen gestellten Fragen wahrheitsgemäß und vollständig beantworten. Es sind auch solche Umstände anzugeben, denen Sie nur geringe Bedeutung beimessen. Angaben, die Sie nicht gegenüber dem Versicherungsvermittler machen möchten, sind unverzüglich und unmittelbar gegenüber BDAE in Textform nachzuholen. **Bitte beachten Sie, dass Sie Ihren Versicherungsschutz gefährden, wenn Sie unrichtige oder unvollständige Angaben machen.** Nähere Einzelheiten zu den Folgen einer Verletzung der Anzeigepflicht können Sie der nachstehenden Information entnehmen.

Welche vorvertraglichen Anzeigepflichten bestehen?

Sie sind bis zur Abgabe Ihrer Vertragserklärung verpflichtet, alle Ihnen bekannten gefahrerheblichen Umstände, nach denen Sie in Textform gefragt wurden, wahrheitsgemäß und vollständig anzuzeigen. Gefahrerheblich sind die Umstände, die für den Entschluss des BDAE, den Vertrag mit dem vereinbarten Inhalt zu schließen, erheblich sind. Wenn BDAE nach Ihrer Vertragserklärung, aber vor Vertragsannahme, in Textform nach gefahrerheblichen Umständen fragt, sind Sie auch insoweit zur Anzeige verpflichtet.

Welche Folgen können eintreten, wenn eine vorvertragliche Anzeigepflicht verletzt wird?

1. Rücktritt und Wegfall des Versicherungsschutzes

Verletzen Sie und/oder die zu versichernde Person die vorvertragliche Anzeigepflicht, kann BDAE vom Vertrag zurücktreten, es sei denn, Sie weisen nach,

dass Sie die Anzeigepflicht weder vorsätzlich noch grob fahrlässig verletzt haben. Bei grob fahrlässiger Verletzung der Anzeigepflicht kann BDAE dann nicht vom Vertrag zurücktreten, wenn der Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen worden wäre. Im Fall des Rücktritts besteht kein Versicherungsschutz. Erklärt BDAE den Rücktritt nach Eintritt des Versicherungsfalles, bleibt BDAE dennoch zur Leistung verpflichtet, wenn Sie nachweisen, dass der nicht oder nicht richtig angegebene Umstand weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungsfalles noch für die Feststellung oder den Umfang seiner Leistungspflicht ursächlich war. Die Leistungspflicht entfällt vollständig, wenn Sie die Anzeigepflicht arglistig verletzt haben. BDAE steht im Falle eines Rücktritts wegen Anzeigepflichtverletzung die Prämie bis zum Wirksamwerden des Rücktritts zu.

2. Kündigung

Kann BDAE nicht vom Vertrag zurücktreten, weil Sie die vorvertragliche Anzeigepflicht weder vorsätzlich noch grob fahrlässig verletzt haben, kann der Vertrag (dennoch) unter Einhaltung einer Frist von einem Monat gekündigt werden. Das Kündigungsrecht ist ausgeschlossen, wenn der Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, zustande gekommen wäre.

3. Vertragsänderung

Kann BDAE nicht zurücktreten oder kündigen, weil der Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Gefahrumstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen wäre, werden die anderen Bedingungen rückwirkend Vertragsbestandteil, wenn Sie die Anzeigepflicht fahrlässig verletzt haben. Erhöht sich durch die Vertragsänderung der Beitrag um mehr als 10% oder schließt BDAE die Gefahrabsicherung für den nicht angezeigten Umstand aus, können Sie den Vertrag innerhalb eines Monats nach Zugang der Mitteilung über die Vertragsänderung fristlos kündigen. Auf dieses Recht wird BDAE Sie hinweisen.

4. Ausübung der Rechte der BDAE-Gruppe (§ 21 VVG)

BDAE kann die Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung oder zur Vertragsänderung innerhalb eines Monats schriftlich geltend machen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, zu dem BDAE von der Verletzung der Anzeigepflicht, die das von ihr geltend gemachte Recht begründet, Kenntnis erlangt. Bei der Ausübung ihrer Rechte hat BDAE die Umstände anzugeben, auf die sie ihre Erklärung stützt. Zur Begründung kann BDAE nachträglich weitere Umstände angeben, wenn für diese die Frist nach Satz 1 nicht verstrichen ist. Auf die Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung oder zur Vertragsänderung kann BDAE sich nicht berufen, wenn BDAE den nicht angezeigten Gefahrumstand oder die Unrichtigkeit der Anzeige kannte. Die Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung und zur Vertragsänderung erlöschen mit Ablauf von drei Jahren nach Vertragsschluss. Dies gilt nicht für Versicherungsfälle, die vor Ablauf dieser Frist eingetreten sind. Die Frist verlängert sich auf zehn Jahre, wenn Sie die Anzeigepflicht vorsätzlich oder arglistig verletzt haben.

5. Arglistige Täuschung (§ 22 VVG)

Das Recht von BDAE, den Vertrag wegen arglistiger Täuschung anzufechten, bleibt unberührt.

6. Stellvertretung durch eine andere Person (§ 20 VVG)

Lassen Sie sich bei Abschluss des Vertrages durch eine andere Person vertreten, so sind bezüglich der Anzeigepflicht, des Rücktritts, der Kündigung, der Vertragsänderung und der Ausschlussfrist für die Ausübung der Rechte des Versicherers sowohl die Kenntnis und Arglist Ihres Stellvertreters als auch Ihre eigene Kenntnis und Arglist zu berücksichtigen. Darauf, dass die Anzeigepflicht nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt worden ist, können Sie sich nur berufen, wenn weder Ihrem Stellvertreter noch Ihnen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.



WIDERRUFSRECHT

1. Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen in Textform (z. B. Brief, Fax, E-Mail) widerrufen. Die Frist beginnt, nachdem Sie die Versicherungsbestätigung, die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen und Besonderen Versicherungsbedingungen, die weiteren Informationen nach § 7 Absatz 1 und 2 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) in Verbindung mit den §§ 1 bis 4 der VVG-Informationspflichtenverordnung und diese Belehrung jeweils in Textform erhalten haben.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an:

BDAE Expat GmbH, Kühnehöfe 3, 22761 Hamburg, Fax: +49-40-30 68 74-90, E-Mail: info@bdae.com.

2. Widerrufsfolgen

Im Falle eines wirksamen Widerrufs endet der Versicherungsschutz und es werden die von Ihnen im Rahmen des Vertragsverhältnisses gezahlten Beträge vollständig erstattet. Die Erstattung zurückzuzahlender Beträge erfolgt unverzüglich, spätestens 30 Tage nach Zugang des Widerrufs. Beginnt der Versicherungsschutz nicht vor dem Ende der Widerrufsfrist, hat der wirksame Widerruf zur Folge, dass empfangene Leistungen zurückzugewähren und gezogene Nutzungen (z. B. Zinsen) herauszugeben sind.

3. Besondere Hinweise

Das Widerrufsrecht erlischt, wenn der Vertrag auf Ihren ausdrücklichen Wunsch sowohl von Ihnen als auch von uns vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben.

Ende der Widerrufsbelehrung

DATENSCHUTZINFORMATION

über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Rechte

Verantwortlicher der Datenverarbeitung

BDAE Expat GmbH
Kühnehöfe 3
22761 Hamburg
E-Mail: info@bdae.com
Tel.: +49-40-30 68 74-0

Datenschutzbeauftragter

Datenschutzbeauftragter der BDAE Gruppe
Kühnehöfe 3
22761 Hamburg
E-Mail: datenschutz@bdae.com
Tel.: +49-40-30 68 74-18

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), der datenschutzrechtlichen Bestimmungen des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) sowie aller weiteren maßgeblichen Gesetze.

Stellen Sie einen Antrag zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung im Rahmen unseres EXPAT HAFTPFLICHT Produktes per Online-Antrag, benötigen wir die von Ihnen hierbei gemachten Angaben für den Abschluss des Versicherungsvertrages. Kommt der Versicherungsvertrag zustande, verarbeiten wir Ihre Daten zur Durchführung des Vertragsverhältnisses, z. B. zur allgemeinen Kunden- und Vertragsverwaltung, um mit Ihnen in Kontakt zu treten oder zur Rechnungsstellung. Im Leistungsfall benötigen wir die Daten zur Beurteilung und Abwicklung.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten für vorvertragliche und vertragliche Zwecke ist Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO.

Empfänger und Empfängerkategorien personenbezogener Daten

Ihre Daten werden grundsätzlich nur an Dritte gegeben, soweit dies im Zusammenhang mit der Vertragsabwicklung bzw. Schadenbearbeitung Ihres EXPAT Haftpflicht Produktes erforderlich ist oder Ihre Einwilligung hierzu vorliegt. Darüber hinaus können Ihre Daten an Dritte übermittelt werden, soweit wir aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder vollstreckbarer behördlicher oder gerichtlicher Anordnungen hierzu verpflichtet sind. Im Rahmen der Antrags- und Vertragsbearbeitung werden Ihre personenbezogenen Daten an die BDAE Holding GmbH, unsere Schwestergesellschaft, die BDAE Consult GmbH sowie unsere Muttergesellschaft, die MSH INTERNATIONAL im Rahmen der Bedienung des Service-Portals weitergeleitet bzw. durch die beiden BDAE Gesellschaften erhoben, die in unserem Auftrag die Bearbeitung Ihrer Anträge und die Abwicklung Ihrer Vertragsleistungen übernehmen. Mit allen vorgenannten Unternehmen besteht zur Sicherstellung Ihrer Rechte ein Auftragsverarbeitungsvertrag.

Darüber hinaus werden im Rahmen der Vertrags- bzw. Schadenbearbeitung personenbezogene Daten zum Teil pseudonymisiert an die folgenden Empfänger weitergegeben:

- Würzburger Versicherungs-AG

Die Weitergabe Ihrer Daten an den oben genannten Empfänger ist für die Vertragsdurchführung zwingend erforderlich.

Die Daten werden über Server der BDAE Holding GmbH verarbeitet, die bei einem in Deutschland ansässigen Internetdiensteanbieter angemietet sind. Mit diesem besteht zur Sicherstellung Ihrer Rechte ebenfalls ein Auftragsverarbeitungsvertrag.

Datenübermittlung in ein Drittland

Eine Übermittlung Ihrer Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation außerhalb der EU/EWR findet grundsätzlich nicht statt.

Speicherdauer

Wir speichern Ihre Daten solange sie für die vorgenannten Zwecke erforderlich sind. Anschließend werden die Daten unter Einhaltung der jeweiligen gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gelöscht, sofern keine berechtigten Interessen, wie z. B. zur Geltendmachung von Ansprüchen, dem entgegenstehen.

Ihre Rechte als betroffene Person

In Bezug auf die Sie betreffenden personenbezogenen Daten können Sie dem oben benannten Verantwortlichen gegenüber die folgenden Rechte geltend machen:

- das Recht auf Auskunft gemäß Art. 15 DSGVO
- das Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung der Daten gemäß Art. 16 DSGVO
- das Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten gemäß Art. 17 DSGVO
- das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO
- das Recht auf Datenübertragbarkeit gemäß Art. 20 DSGVO

Des Weiteren haben Sie ein Beschwerderecht gegenüber einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde in Bezug auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

Wenn Sie eine Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer Daten erteilt haben, haben Sie das jederzeitige Recht die Einwilligung zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Zur Geltendmachung Ihrer Rechte wenden Sie sich an unseren oben benannten Datenschutzbeauftragten.

Hinweise zur Datenverarbeitung bei Beantragung des Versicherungsvertrages

Versicherer können heute ihre Aufgabe nur mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) erfüllen. Nur so lassen sich Vertragsverhältnisse korrekt, schnell und wirtschaftlich bearbeiten. Die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der Daten zu Ihrer Person (personenbezogene Daten) bezeichnen wir im Folgenden vereinfachend als „Datenverarbeitung“. Diese Datenverarbeitung ist zulässig, wenn es die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), die datenschutzrelevanten Bestimmungen des Versicherungsvertragsgesetz (VVG) oder eine andere Rechtsvorschrift erlaubt oder wenn Sie eingewilligt haben.

Gerne informieren wir Sie hier über Ihre Rechte.

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Würzburger Versicherungs-AG

Bahnhofstraße 11

97070 Würzburg

Telefon: 0931-2795-0

Fax: 0931-2795-290

Email: info@wuerzburger.com

Unsere Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter obiger Adresse oder unter datenschutzbeauftragter@wuerzburger.com

Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter der Beachtung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), der datenschutzrelevanten Bestimmungen des Versicherungsvertragsgesetz (VVG) oder aller weiteren Rechtsvorschriften. Darüber hinaus hat sich unser Unternehmen auf die „Verhaltensregeln für den Umgang mit personenbezogenen Daten durch die deutsche Versicherungswirtschaft“ (Code of Conduct Datenschutz) verpflichtet, die die oben genannten Gesetze für die Versicherungswirtschaft präzisieren. Den Code of Conduct Datenschutz und weitere Einzelheiten zum Datenschutz finden Sie bei uns auf der Homepage unter www.wuerzburger.com/datenschutz.html.

Wenn Sie sich bei uns versichern möchten, benötigen wir Ihre Daten für den Abschluss des Vertrages und zur Einschätzung des von uns zu übernehmenden Risikos. Kommt der Versicherungsvertrag zustande, verarbeiten wir diese Daten, um Ihnen die Police auszustellen, Ihnen eine Rechnung schicken zu können oder Sie darüber zu informieren, wie Sie am einfachsten Ihre Rechte und Leistungen geltend machen können. Angaben in Schaden- und Leistungs-fällen benötigen wir zur Prüfung, wie Sie sich im Detail abgesichert haben und welche Leistungen Sie von uns erhalten. Der Abschluss bzw. die Durchführung des Vertrages ist ohne die Verarbeitung Ihrer Daten nicht möglich.

Wir speichern Daten, die für den Versicherungsvertrag notwendig sind. Das sind zunächst Ihre Angaben im Antrag (Antragsdaten). Weiter werden zum Vertrag versicherungstechnische Daten wie Kundennummer (Partnernummer), Versicherungssumme, Versicherungsdauer, Beitrag, Bankverbindung sowie erforderlichenfalls die Angaben eines Dritten, z. B. eines Vermittlers geführt (Vertragsdaten). Bei einem Versicherungsfall speichern wir Ihre Angaben zum Schaden und ggf. auch Angaben von Dritten, wie z. B. den vom Arzt ermittelten Grad der Beeinträchtigung, die Feststellung Ihrer Reparaturwerkstatt über einen Sachschaden oder bei erfolgter Schadenregulierung den Auszahlungsbetrag (Leistungsdaten).

Darüber hinaus benötigen wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erstellung von versicherungsspezifischen Statistiken, z.B. für die Entwicklung neuer Tarife oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Vorgaben.

Rechtsgrundlage für diese Verarbeitung von personenbezogener Daten für vorvertragliche und vertragliche Zwecke ist Art. 6 Abs. 1b.) DSGVO. Soweit dafür besondere Kategorien personenbezogener Daten, z.B. Gesundheitsdaten, erforderlich sind, holen wir gesondert Ihre Einwilligung nach Art. 9 Abs. 2a.) i.V.m. Art. 7 DSGVO ein. Erstellen wir Statistiken mit diesen Datenkategorien, erfolgt dies auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2j.) DSGVO i.V.m. § 27 BDSG. Die Einwilligung nach Art. 9 Abs. 2a.) i.V.m. 7 DSGVO können Sie jederzeit für die Zukunft formlos unter der obigen Adresse widerrufen.

Ihre Daten verarbeiten wir auch, um berechnete Interessen von uns oder von Dritten zu wahren (Art. 6 Abs. 1f.) DSGVO). Dies kann erforderlich sein:

- zur Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs
- zur Verhinderung und Aufklärung von Straftaten, insbesondere nutzen wir die Datenanalysen zur Erkennung von Hinweisen, die auf Versicherungsmisbrauch hindeuten können (Betrugsbekämpfung).

Darüber hinaus verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung gesetzlicher Vorgaben und Verpflichtungen. Dazu gehören z.B. aufsichtsrechtliche Vorgaben, handels- und steuerrechtliche Aufbewahrungspflichten oder unsere Beratungs- und Betreuungspflicht. Als Rechtsgrundlage dienen in diesem Fall die jeweiligen gesetzlichen Regelungen i.V.m. Art. 6 1c.) DSGVO.

Weitere Empfänger personenbezogener Daten

Vermittler:

Werden Sie von einem Vermittler betreut, verarbeitet Ihr Vermittler die zum Abschluss und zur Durchführung des Vertrages benötigten Daten. Diese Daten gibt der Vermittler an uns weiter. Wir übermitteln im Gegenzug auch Daten an den Vermittler, soweit der Vermittler diese Informationen zur Ihrer Betreuung und Beratung in Ihren Versicherungs- und Finanzdienstleistungsangelegenheiten benötigt.

Externe Dienstleister:

Wir arbeiten mit ausgewählten Dienstleistern zusammen, um unsere vertraglichen und gesetzlichen Pflichten erfüllen zu können. In der Dienstleisterliste finden Sie die Unternehmen bzw. Unternehmenskategorien, mit denen wir dauerhafte Geschäftsbeziehungen haben. Die jeweils aktuelle Version der Dienstleisterliste können Sie auf unserer Internetseite www.wuerzburger.com einsehen.

Rückversicherer und andere Versicherer

Im Interesse unserer Versicherungsnehmer werden wir auf einen Ausgleich der von uns übernommenen Risiken achten. Deshalb geben wir in vielen Fällen einen Teil der Risiken an Versicherer und Rückversicherer im In- und Ausland ab. Diese benötigen im Einzelfall versicherungstechnische Angaben von uns wie Versicherungsnummer, Beitrag, Art des Versicherungsschutzes und des Risikos und Risikozuschlags, sowie im Leistungsfall ggf. auch Ihre Personalien.

Datenübermittlung in ein Drittland

Sollten wir personenbezogene Daten an Dienstleister außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) übermitteln, erfolgt die Übermittlung nur, soweit dem Drittland durch die EU-Kommission ein angemessenes Datenschutzniveau bestätigt wurde oder andere angemessene Datenschutzgarantien (z.B. verbindliche unternehmensinterne Datenschutzvorschriften oder EU-Standardvertragsklauseln) vorhanden sind.

Speicherungsdauer Ihrer Daten

Wir speichern Ihre Daten für die Laufzeit Ihres Vertrages und der Bearbeitung Ihres Leistungsfalles. Darüber hinaus speichern wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung von gesetzlichen Nachweis- und Aufbewahrungspflichten. Diese ergeben sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch, der Abgabenordnung und dem Geldwäschegesetz. Die Aufbewahrungspflichten betragen bis zu zehn Jahren.

Ihre Datenschutzrechte

Sie haben ein Recht auf unentgeltliche Auskunft über Ihre durch uns gespeicherten Daten und deren Verwendung, sowie ein Recht auf Berichtigung und Löschung Ihrer Daten und auf Einschränkung der Verarbeitung. Wir stellen Ihnen die von uns gespeicherten Daten auf Wunsch in einem gängigen und maschinenlesbaren Format zur Verfügung. Falls Sie Daten einsehen oder etwas geändert bzw. berichtigt haben wollen, wenden Sie sich an die oben genannte Adresse.

Automatisierte Einzelfallentscheidungen

Als Versicherer sind wir befugt, in bestimmten Fallgruppen (z.B. bei einer Entscheidung zum Abschluss oder der Erfüllung eines Vertrages) Ihre personenbezogenen Daten (auch Ihre Gesundheitsdaten) einer sogenannten automatisierten Einzelfallentscheidung zugrunde zu legen. Die vollautomatisierten Entscheidungen beruhen auf vom Unternehmen vorher festgelegten Regeln zur Gewichtung der Information.

Falls wir dem Antrag auf Versicherungsleistung nicht oder nur teilweise nachkommen, haben Sie folgende Rechte:

- Recht auf Einwirkung des Eingreifens einer Person durch uns als Verantwortlichen,
- Darlegung des eigenen Standpunkts und
- Recht auf Anfechtung der Entscheidung.

Beschwerde über den Umgang mit Ihren Daten

Zur Beschwerde haben Sie die Möglichkeit sich an den oben genannten Datenschutzbeauftragten oder an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden. Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist: Bayerisches Landesamt für Datenschutzaufsicht (BayLDA)
Promenade 27
91522 Ansbach